

**Begründung zur Verordnung
über das geplante
Landschaftsschutzgebiet**

**„FFH-Gebiet Fledermauslebensraum
Wiehengebirge bei Osnabrück“**

**Begründung zur
geplanten Verordnung
über das
Landschaftsschutzgebiet**

**„FFH-Gebiet Fledermauslebensraum
Wiehengebirge bei Osnabrück“**

Stand: 5.10.2020

Inhaltsverzeichnis

1.1	Vorbemerkung.....	4
1.2	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie).....	4
1.3	Nationale Naturschutzgesetzgebung.....	5
2	Gebietsbeschreibung.....	6
2.1	Kurzcharakteristik	6
2.2	Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes	8
2.3	Eigentumsverhältnisse	8
3	Schutzwürdigkeit	8
3.1	Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie	8
3.1.1	Prioritäre Waldlebensraumtypen (Anhang I der FFH-Richtlinie).....	9
3.1.2	Übrige Wald- und Offenlandlebensraumtypen	10
3.2	Gesetzlich geschützte Biotope	14
3.3	Tierarten (nach Anhang II und IV der FFH-Richtlinie und weitere lebensraumtypische Tierarten)	14
3.3.1	Fledermäuse	15
3.3.2	Weitere lebensraumtypische Tierarten	18

4 Schutzbedürftigkeit und Gefährdungen	19
4.1 Schutzbedürftigkeit	19
4.2 Zusammenfassung der wichtigsten gebietstypischen Gefährdungen	20
5 Relevante Regelungsinhalte.....	20
5.1 § 4 Verbote	20
5.2 § 5 Freistellungen	23
5.2.1 Regelungen zur Betretung und Durchführung von Maßnahmen	23
5.2.2 Regelungen zur Durchführung der landwirtschaftlichen Nutzung.....	25
5.2.3 Regelungen zur Durchführung der forstwirtschaftlichen Nutzung.....	26
5.2.4 Regelungen zur Gewässerunterhaltung.....	30
5.2.5 Regelungen zur Ausübung der Jagd	30
5.2.6 Verwaltungsrechtliche Regelungsinhalte zum Thema Freistellungen.....	32
5.3 §§ 8 und 9 Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen .	33
6 Literaturverzeichnis	33
7 Gesetze und Rechtsvorschriften	34

ANHANG

Karte 1: Lage der archäologischen Stätten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung

Karte 2: Lage der geschützten Biotope zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung

Bearbeitung:

Carsten Dense, Dense & Lorenz, Büro für angewandte Ökologie und Landschaftsplanung

Claudia Martens-Escher, Fachdienst Umwelt, Untere Naturschutzbehörde

Osnabrück, den 5.10.2020

1 Rechtliche Grundlagen

1.1 Vorbemerkung

Die geplante Landschaftsschutzgebietsverordnung „FFH-Gebiet Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ betrifft Teile des Landschaftsschutzgebietes „Wiehengebirge und Nördliches Osnabrücker Hügelland“ (LSG OS 50).

Aufgrund des Beschlusses der Europäischen Union (EU) vom 13.11.2007 wurden Waldgebiete und Grünlandflächen in den Gemeinden Wallenhorst und Belm sowie der Stadt Bramsche (Landkreis Osnabrück) zu dem Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Gebiet „Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ (EU Code DE-3614-334, landesinterne Nr. 446) erklärt und in der Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der kontinental biogeografischen Region im Amtsblatt der Europäischen Union (L 382/1) vom November 2007 veröffentlicht.

Das gesamte FFH-Gebiet hat nach Präzisierung der Abgrenzung durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) eine Größe von 1.169,32 ha.

1.2 Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie)

Die FFH-Richtlinie wurde im Jahr 1992 vom Rat der EU verabschiedet. Diese Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen dient v. a. dem Ziel der Erhaltung der biologischen Vielfalt in der EU. Sie fördert den Aufbau des europaweiten ökologischen Netzes „Natura 2000“.

Die Natura-2000-Gebiete sind Gegenstand von Regelungen, die die natürlichen Lebensräume mit ihren Lebensraumtypen (LRT) gemäß Anhang I und die Populationen wild lebender Tier- und Pflanzenarten gemäß Anhang II, welche die Ausweisung dieser Gebiete gerechtfertigt haben, in einem „günstigen Erhaltungszustand“ bewahren oder diesen Zustand wiederherstellen sollen. Die Natura-2000-Gebiete sind auch Gegenstand geeigneter Vorbeugungsmaßnahmen, die eine Verschlechterung dieser natürlichen Lebensräume und Störungen, die diese Arten erheblich beeinträchtigen können, verhindern.

Gemäß Artikel 1 der FFH-Richtlinie wird „der Erhaltungszustand (EHZ) eines Lebensraumtyps als „günstig“ erachtet, wenn

- sein natürliches Verbreitungsgebiet sowie die Flächen, die er in diesem Gebiet einnimmt, beständig sind oder sich ausdehnen,
- die für seinen langfristigen Fortbestand notwendige Struktur und spezifischen Funktionen bestehen und in absehbarer Zukunft wahrscheinlich weiter bestehen werden und
- auch der Erhaltungszustand der für ihn charakteristischen Arten günstig ist (SSYMANK et al. 1998).

Gemäß Artikel 1 der FFH-Richtlinie wird „der Erhaltungszustand einer Art als „günstig“ erachtet, wenn

- aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art anzunehmen ist, dass sie ein lebensfähiges Element des natürlichen Lebensraumes, dem sie angehört, bildet und langfristig weiter bilden wird,

- das natürliche Verbreitungsgebiet der Art weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird und
- ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen dieser Art zu sichern“ (ebenda).

Gemäß der FFH-Richtlinie ist ein günstiger Erhaltungszustand der im Gebiet vorkommenden Lebensraumtypen und Arten zu wahren bzw. wiederherzustellen. Die Stufen „A“ (= hervorragend) und „B“ (= gut) entsprechen einem „günstigen Erhaltungszustand“. Die Stufe „C“ (= durchschnittlich bis schlecht) entspricht einem „ungünstigen Erhaltungszustand“. Hier gilt die Verpflichtung der Wiederherstellung eines „günstigen Erhaltungszustandes“. Das heißt, es müssen Maßnahmen durchgeführt werden, durch die mindestens der Erhaltungszustand „B“ erreicht wird.

Die Grundlage für die Bewertung des Erhaltungszustands auf der Gebietsebene bilden die Vorgaben der EU-Kommission zum Standarddatenbogen, die im Amtsblatt der EU¹ veröffentlicht sind.

Der Standarddatenbogen zum FFH-Gebiet 446 kann auf der Internetseite des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasser-, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) eingesehen werden:

<http://www.nlwkn.niedersachsen.de>Naturschutz>Natura 2000>Downloads zu Natura 2000>Vollständige Gebietsdaten aller FFH-Gebiete>FFH 446>

1.3 Nationale Naturschutzgesetzgebung

Gemäß § 32 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sind FFH-Gebiete entsprechend den jeweiligen Erhaltungszielen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG zu erklären. Dieser Verpflichtung kommt der Landkreis Osnabrück im übertragenen Wirkungskreis in Form der Ausweisung des FFH-Gebietes als Landschaftsschutzgebiet (LSG) nach.

Landschaftsschutzgebiete sind nach den Bestimmungen des Naturschutzrechts rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist:

- zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
- wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder
- wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung.

¹ Amtsblatt der Europäischen Union, L 198/39: Durchführungsbeschluss der Kommission vom 11. Juli 2011 über den Datenbogen für die Übermittlung von Informationen zu Natura-2000-Gebieten

Die Flächen im LSG „FFH-Gebiet Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ erfüllen diese rechtlichen Voraussetzungen.

Das Schutzgebiet ist hiernach in einem für den Schutzzweck günstigen Zustand zu erhalten bzw. in einen solchen zu versetzen. Durch geeignete Regelungen sowie Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen ist sicherzustellen, dass den Anforderungen der FFH-Richtlinie entsprochen wird (s. § 32 Abs. 3 BNatSchG).

Die Rechtsgrundlagen für die Festsetzung von Landschaftsschutzgebieten sind im §§ 22 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) zuletzt geändert durch Art. 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) in Verbindung mit den §§ 14 und 19 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBL. S. 104), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.10.2018 (Nds. GVBl. S. 220; 2019 S. 26), enthalten.

2 Gebietsbeschreibung

2.1 Kurzcharakteristik

Das LSG „FFH-Gebiet Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ befindet sich in der naturräumlichen Region des Osnabrücker Hügellandes. Das Schutzgebiet umfasst Teile des von Nordwesten nach Südosten verlaufenden Hauptzuges des Wiehengebirges zwischen Wallenhorst und Bramsche im Westen bzw. Nordwesten und Belm / Icker im Osten und besteht aus drei Teilflächen (TF), die nur durch die L 87 (Engterstraße) und das Gelände der Tierkörperverwertungsanstalt in Belm / Icker voneinander getrennt sind. Vom FFH-Gebiet umgeben liegen mehrere Tonabgrabungen, die nicht in die FFH-Gebietsfläche aufgenommen wurden. Die Bereiche des LSG sind insgesamt durch größere Höhenunterschiede und eine hohe Reliefenergie gekennzeichnet.

Das LSG ist eingebettet in eine besiedelte Kulturlandschaft. In den Wäldern des LSG befinden sich archäologische Stätten in Form von Einzeldenkmälern, wie ein Grabhügel und eine Burg. Die Lage der archäologischen Stätten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung ist Karte 1 im Anhang zu dieser Begründung zu entnehmen. Aufgrund seiner Nähe zur Stadt Bramsche, den Ortslagen von Wallenhorst, Rulle, Icker, Vehrte und Engter sowie zur Stadt Osnabrück ist das LSG traditionell Ziel für die naturbezogene, in weiten Bereichen noch ruhige Erholung.

Geologie und Böden

Das Ausgangsgestein für die Bodenbildung ist überwiegend Sandstein neben kalkarmen Tonsteinen sowie kleinflächig kalkhaltigen Gesteinsschichten. Im Süden des Schutzgebiets dominieren auf den Südhängen Pseudogley und in den Bachtälern Pseudogley-Gley-Böden. Darüber hinaus treten Ranker mit größeren Flächenanteilen auf. In der Nordhälfte herrschen Braunerden und Pseudogley-Braunerden vor, daneben auch Braunerde-Ranker und Gley-Böden.

Waldtypen, Grünland und Gewässer

Das LSG ist zu ca. 87 % bewaldet, wobei Laubwaldbestände gut ein Drittel (ca. 35 %) Gesamtflächenanteil ausmachen, Nadelholzbestände ca. 52 %. Fichtenbestände nehmen 36 % der Schutzgebietsfläche ein. Unter den Laubwaldgesellschaften herrschen bodensaure und

mesophile Buchenwälder vor. Hinzu kommen überwiegend feuchte, zumeist basenarme Eichen-Hainbuchenwälder und Erlen-Eschenwälder sowie eine Reihe weiterer Waldgesellschaften bzw. Forstkulturen aus größtenteils einheimischen Laubholzarten.

Grünland nimmt ca. 5 % der Gesamtfläche ein, wobei artenarmes Intensivgrünland vorherrscht. Mit geringeren Flächenanteilen sind auch mesophiles Grünland sowie Nassgrünland ausgebildet. Im Gebiet liegen zudem mehrere jeweils mehrere Hektar große Freiflächen mit Grünlandeinsaaten und Ackernutzung.

Bei den im Gebiet entspringenden Bächen (Kohkampsbach, Engterbach, Bruchbach), die allesamt unter 1 m breit sind, handelt es sich vorwiegend um naturnahe Bäche mit Feinsubstrat. Stillgewässer beschränken sich auf naturnahe Abgrabungsgewässer, Waldtümpel und einzelne naturferne Gewässer.

Im Gebiet herrschen Nadelholzbestände vor. Darin finden sich zwar teils zersplitterte und verinselte, aber in ihrer Summe, oftmals auch aufgrund ihrer individuellen Qualität (z. B. Feuchtigkeit, hohe Strukturvielfalt) bedeutsame Flächen von standorttypischen Buchen- und Eichen-Mischwäldern sowie strukturreichen älteren, oft lichten Kiefernwäldern mit Laubholzanteilen und Unterwuchs aus Laubhölzern und Kleinsträuchern. Sie bilden teilweise mit naturnahen Waldbächen und deren begleitenden Quell- und Auwäldern sowie stellenweise auch Feuchtgrünland wertvolle Biotopkomplexe. Zahlreiche Flächen erfüllen die Kriterien für einen gesetzlichen Biotopschutz.

Tierarten im Landschaftsschutzgebiet

Unter den Säugetieren sind die Fledermäuse und hier insbesondere das Große Mausohr (*Myotis myotis*) und die Bechsteinfledermaus (*Myotis bechsteinii*) hervorzuheben. Das LSG besitzt eine besondere Bedeutung als quartiernahes Jagdgebiet der Weibchen aus der in der evangelischen St. Johannis-Kirche in Engter beheimateten Mausohrkolonie (FFH-Gebiet 335). 23% der Gesamtwaldfläche sind strukturell für die von den Großen Mausohren bevorzugt ausgeübte Bodenjagd auf überwiegend flugunfähige Laufkäfer geeignet (DENSE & LORENZ 2018). Darüber hinaus befinden sich im LSG Männchen- und Paarungsquartiere.

Am West- und Ostrand des Schutzgebiets lebt je eine Kolonie der Bechsteinfledermaus. Anders als beim Großen Mausohr liegen auch die Wochenstubenquartiere dieser Fledermausart im Wald. Bechsteinfledermäuse leben vom Frühjahr bis in den Herbst im LSG und verlassen es nur zur Überwinterung.

Das Vorkommen weiterer lebensraumtypischer und enger an den Wald gebundener Fledermausarten im LSG (Großer und Kleiner Abendsegler (*Nyctalus noctula* und *N. leisleri*), Braunes Langohr (*Plecotus auritus*), Fransenfledermaus (*Myotis nattereri*) und Große Bartfledermaus (*Myotis brandtii*)) ist nachgewiesen.

Das LSG bietet Lebensraum auch für zahllose andere waldbewohnende Tierarten, wie z. B. für alt- und totholzbewohnende Käfer, sowie für weitere Säugetierarten. Aufgrund der Habitatstrukturen werden die Wälder des LSG als potenzieller Wiederbesiedlungsraum der Wildkatze (*Felis silvestris*) angesehen. Ebenso enthalten offene Tongrubenränder, Waldlichtungen und -ränder Teillebensräume für Reptilien, wie z. B. Waldeidechsen (*Zootoca vivipara*) und Blindschleichen (*Anguis fragilis*). Die vorhandenen Gewässer ermöglichen das Vorkommen von Amphibien, darunter auch der Kamm-Molch (*Triturus cristatus*).

2.2 Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes

Die Abgrenzung des LSG ist weitgehend identisch mit derjenigen des FFH-Gebietes. Der Grenzverlauf orientiert sich in der Regel an erkennbaren Geländemerkmale wie Wegen, Böschungskanten, Nutzungsgrenzen sowie Flurstücksgrenzen.

Die genaue Lage der Grenze ist den Verordnungskarten (Anlage 2, Karten 1 - 3) zu entnehmen.

2.3 Eigentumsverhältnisse

Die Flächen im ca. 1.169 ha großen, waldgeprägten LSG befinden sich überwiegend im Privateigentum, bei ca. 25 % handelt es sich um Flächen des Niedersächsischen Landesforstes.

3 Schutzwürdigkeit

Für die Auswahl des FFH-Gebietes 446 „Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ sind der Schutz, die Erhaltung und die Entwicklung des Lebensraumes zweier meldeerheblicher² Tierarten des Anhangs II und von fünf signifikanten³ FFH-LRT des Anhang I der FFH-Richtlinie ausschlaggebend. Daneben kommen zwei weitere, jedoch vom NLWKN als nicht signifikant eingestufte LRT vor. Von der ca. 1.015 ha großen Waldfläche werden ca. 273 ha (ca. 27 %) von signifikanten Lebensraumtypen der Erhaltungszustände A, B und C eingenommen. Weitere ca. 49 ha sind als Entwicklungsfläche für LRT eingestuft.

3.1 Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie

Exkurs zur Bedeutung der Buchenwälder als „übrige“ Lebensraumtypen:

Im Anhang I der FFH-Richtlinie werden aus gemeinschaftsweiter Sicht der EU-Mitgliedsstaaten u. a. in großem Umfang für Mitteleuropa typische und weit verbreitete Lebensraumtypen, sogenannte „übrige Lebensraumtypen“, gelistet, deren Gefährdung weniger im quantitativen Flächenverlust als in der qualitativen Verschlechterung bzw. Degradierung liegt (SSYMANK et al. 1998).

Zu den übrigen Lebensraumtypen, die qualitativen Verschlechterungen und großen Flächenverlusten ausgesetzt sind, gehören insbesondere die Buchenwaldtypen, die im europäischen Raum ihren eindeutigen Verbreitungsschwerpunkt in Deutschland bzw. in Mitteleuropa besitzen. Zahlreiche Buchenwaldtypen gibt es nur hier im Zentrum der Verbreitung, so zum Beispiel der im Schutzgebiet vorkommende Hainsimsen-Buchenwald und der Waldmeister-/Perlgras-Buchenwald. Buchenwälder repräsentieren daher einen bedeutenden Teil der biologischen Vielfalt Deutschlands. Natürlicherweise würden Buchenwälder etwa 66 % der

² Als meldeerheblich werden die Tierarten bezeichnet, die für die Unterschutzstellung des Gebietes relevant sind (Anhang II-Arten der FFH-Richtlinie).

³ Als signifikant werden die Lebensraumtypen bezeichnet, die für die Unterschutzstellung des Gebietes relevant sind. (Natura 2000-Legende der vollständigen Gebietsdaten)

Landfläche Deutschlands prägen. Das Land deckt damit etwa 25 % des Gesamtareals der Europäischen Buchenwälder ab.

Historisch-kulturelle Entwicklungen haben dazu geführt, dass die Buchenwälder in ihrem Arealzentrum durch direkte Zerstörung und Nutzungseingriffe um mehr als 90 % ihres potenziellen Gesamtareals geschrumpft sind (BUNDESLÄNDER BRANDENBURG, HESSEN, MECKLENBURG-VORPOMMERN UND THÜRINGEN 2009). In einer Veröffentlichung des deutschen Forstwirtschaftsrates (DFWR) (2008) heißt es sogar, dass die Buche in den deutschen Wirtschaftswäldern nur noch auf 10 % der Fläche die Hauptbaumart darstellt.

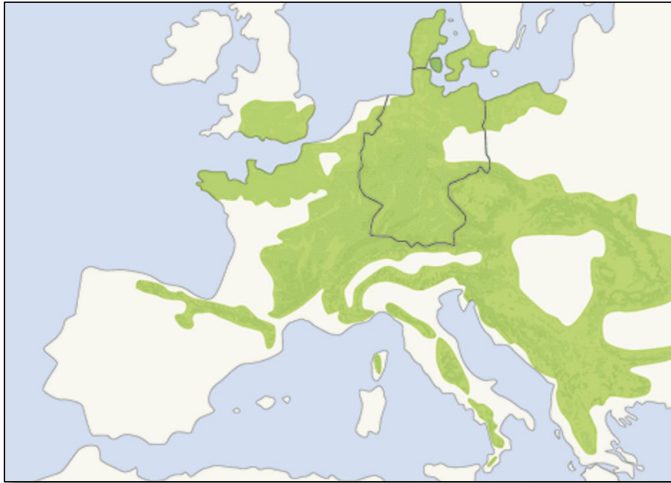


Abbildung 1: Potentiell natürliche Verbreitung der Buchenwälder in Europa

Quelle: Nationale Naturlandschaften

Im Anhang I kommen neben den „übrigen“ Lebensraumtypen sogenannte „prioritäre“ (mit * gekennzeichnete) Lebensraumtypen vor. Diese umfassen vom Verschwinden bedrohte natürliche Lebensraumtypen, für deren Erhaltung der europäischen Gemeinschaft aufgrund der natürlichen Ausdehnung dieser Lebensraumtypen im Verhältnis zum Gebiet der Mitgliedstaaten eine besondere Verantwortung zukommt (Ssymank, A. et al. 1998). Im Schutzgebiet gehören die Erlen-Eschen- Auenwälder zu dieser Kategorie.

3.1.1 Prioritäre Waldlebensraumtypen (Anhang I der FFH-Richtlinie)

Im Schutzgebiet kommt ein prioritärer Lebensraumtyp vor.

- **91E0* – Auen-Wälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (Alno-Padion, *Alnion incanae*, *Salicion albae*)**

Auenwälder dieses LRT umfassen fast alle von Schwarzerlen dominierten Feuchtwälder im Gebiet.

Diese Wälder sind entlang der zahlreichen Bäche einschließlich ihrer Quellgebiete in beiden Teilgebieten einschließlich der Landesforstflächen zu finden. Oftmals sind es nur schmale, galerieartige Säume, die in Nadelholzbestände überleiten. Im Einzelfall ist auch Galeriewald

entlang eines Baches innerhalb eines Feuchtgrünlandgebietes ausgeprägt (WEG⁴ §). Breitflächigere Bestände sind zumeist quellig (Erlen-Eschenquellwald (WEQ §)).

Die Baumschicht wird durchweg von der Schwarzerle beherrscht, oftmals ist diese alleinige Baumart. Ein Großteil der Bestände befindet sich im Baumholzstadium (BHD zumeist 20- 30 cm). Daneben sind auch jüngere Bestände sowie einige Althölzer (BHD > 30 cm) ausgeprägt. Die Strauchschicht ist zumeist nur schwach entwickelt. Die Krautschicht weist Feuchtezeiger wie Wiesenschaumkraut (*Cardamine pratensis*), Winkelsegge (*Carex remota*), Großes Hexenkraut (*Circaea lutetiana*), Rasen-Schmiele (*Deschampsia cespitosa*), Scharbockskraut (*Ranunculus ficaria*) und Sumpfschachtel (*Stachys palustris*) auf, hinzu kommen Arten mesophiler Laubwälder wie Buschwindröschen (*Anemone nemorosa*). Die Quellwälder (WEQ §) werden u.a. durch Sumpf-Pippau (*Crepis paludosa*) und Kleiner Baldrian (*Valeriana dioica*) charakterisiert.

Der Erhaltungszustand ist überwiegend gut („B“). Diese Wälder weisen eine typische, zumindest mäßig kennartenreiche Krautschicht und eine Baumschicht aus Erlen, zumeist ohne Fremdholzanteile aber auch ohne typische Begleitbaumarten, auf. Strukturell bestehen deutliche Defizite, vielfach sind aber ausreichende Altholzanteile sowie lebende Habitatbäume vertreten. Sonstige Beeinträchtigungen sind allenfalls mäßig; vielfach trocknen die Quellbereiche und Bachläufe periodisch aus, vermutlich verstärkt durch Niederschlagsdefizite und ggf. Grundwasserentnahme. Einzelne struktureiche und kennartenreiche Altholzbestände sind hervorragend erhalten („A“). Schlecht erhalten („C“) sind schwächer dimensionierte Bestände mit entsprechend starken strukturellen Defiziten. Der Gesamterhaltungszustand liegt bei „B“.

3.1.2 Übrige Wald- und Offenlandlebensraumtypen

In Abhängigkeit von den natürlichen Standortvoraussetzungen und den Betriebsformen kommen im Schutzgebiet drei verschiedene signifikante Lebensraumtypen der Buchenwälder vor.

Hierbei handelt es sich im Schutzgebiet um **9110 „Hainsimsen-Buchenwald“ (Luzulo-Fagetum)**, **9120 „Atlantischer, saurer Buchenwald mit Unterholz aus Stechpalme und gelegentlich Eibe (Quercion robori-petraeae oder Ilici-Fagenion)“** und **9130 „Waldmeister Buchenwald“ (Asperulo-Fagetum)**. Große Flächenanteile haben einen Hallenwaldcharakter.

- **9110 „Hainsimsen-Buchenwald“ (Luzulo-Fagetum)**

Bodensaure Buchenwälder kommen im gesamten Untersuchungsgebiet (UG) vor. Im Bereich des Engter Bergs wechseln sie kleinräumig mit mesophilen Ausprägungen (WMB, LRT 9130, s.u.) ab. Die Baumschicht in den bodensauren Buchenwäldern (WLB) wird zumeist von Rotbuchen beherrscht, nur vereinzelt sind aber auch von Stieleichen dominierte Bestände mit hohen Rotbuchen-Anteilen (> 25 % in der 1. Baumschicht vertreten); es handelt sich

⁴ Meist aus drei Großbuchstaben zusammengesetzter Erfassungscode der niedersächsischen Biotoptypenkartierung, siehe auch Kapitel 3.2; das §-Zeichen hinter dem Code kennzeichnet nach § 30 BNatSchG geschützte Biotope sowie die nach § 22 NAGBNatSchG landesweit geschützte Landschaftsbestandteile.

um die Erfassungscode der Biotoptypen bodensaurer Eichenmischwald (WQE), bodensaurer Eichenmischwald feuchter Böden des Berg- und Hügellandes (WQB) und Eichen-Hainbuchenmischwald mittlerer, mäßig basenreicher Standorte (WCE).

Die Krautschicht ist in vielen Buchenwaldbeständen nur sehr spärlich entwickelt. Typische Säurezeiger sind Rasenschmiele (*Deschampsia flexuosa*), Schattenblümchen (*Maianthemum bifolium*), Frauenhaarmoos (*Polytrichum* sp.), Eberesche (*Sorbus aucuparia*) und Heidelbeere (*Vaccinium myrtillus*). Als Arten etwas reicherer Standorte treten in einer Reihe von Beständen u.a. Efeu (*Hedera helix*) (wenig, sonst eher WMB), Flattergras (*Milium effusum*), Sauerklee (*Oxalis acetosella*) und Große Sternmiere (*Stellaria holostea*) hinzu. Typisch sind auch Dornfarn (*Dryopteris carthusiana*) und der Neophyt Kleinblütiges Springkraut (*Impatiens parviflora*).

Der Erhaltungszustand ist mehrheitlich gut („B“), in den Landesforsten vereinzelt auch hervorragend („A“). Daneben sind aber ca. 40 % der Bestände schlecht erhalten („C“). Der Gesamterhaltungszustand liegt damit bei „B“.

Gut erhaltene Bestände werden in der Baumschicht i.d.R. von der Rotbuche beherrscht bzw. diese ist alleinige Baumart. Wie beim LRT 9130 (s.u.) ist ein gemäß der Bewertungskriterien für „B“ erforderliches Mindestangebot an Strukturen (Altholzanteile oftmals 20-35 % innerhalb des bewerteten Bestandes, mäßig zahlreiche lebende Habitatbäume, aber zumeist fehlendes bzw. nur sehr vereinzelt starkes Totholz) vorhanden. Schlecht erhaltene Bestände sind zumeist jünger und strukturärmer, oft auch stärker mit Nadelholz, zumeist Fichte, durchsetzt. Beeinträchtigungen ergeben sich aus Eutrophierung und/oder Ausbreitung des Neophyten Kleinblütiges Springkraut (*Impatiens parviflora*) mit einer entsprechend stark gestörten Krautschicht. Teils wurden auch Bestände massiv durchforstet und dabei Krautschicht sowie Oberboden durch Befahren und Rücken stark geschädigt.

- **9120 „Atlantischer, saurer Buchenwald mit Unterholz aus Stechpalme und gelegentlich Eibe“ (Quercion robori-petraeae oder Ilici-Fagenion)**

In der TF 02 wurde ein bodensaurer Buchenwald (WLB) erfasst, dessen Strauchschicht hinreichend reich an Stechpalme (*Ilex aquifolium*) ist (> 5 große Sträucher/ha), so dass dieser dem LRT 9120 statt 9110 zugeordnet wurde.

Der Bestand ist als Buchen-Altholz mit zahlreichen Stieleichen sowie in geringeren Anteilen Kiefern und Fichten ausgebildet. Die Krautschicht weist neben Säurezeigern, wie Sauerklee (*Oxalis acetosella*), gelegentlich auch Efeu (*Hedera helix*) als Art reicherer Standorte auf.

Der Erhaltungszustand ist gut („B“), da die Fläche als Altholz mit typischer Baum-, Strauch- und Krautschicht sowie mäßig hohen Anteilen von lebenden Habitatbäumen und starkem Totholz ausgebildet ist. Wesentliche Beeinträchtigungen bestehen nur durch die Nadelholzanteile.

- **9130 „Waldmeister-Buchenwald“ (Asperulo-Fagetum)**

Mesophile Buchenwälder (Erfassungscode WMB) sind nur für den Engter Berg im Norden der TF 01 typisch. Hinzu kommen noch wenige kleinflächige Bestände am Südrand der TF 01. Ansonsten gehören alle Buchenwälder im Gebiet zum LRT 9110 (s.o.), da Arten bodensaurer Standorte dort kennzeichnend sind. In fast allen Beständen wird die Baumschicht von der Rotbuche dominiert bzw. ausschließlich von dieser gebildet (WMB), nur in einem kleinen

Bestand am Südrand überwiegt die Stieleiche leicht (WCE/WMB). Vereinzelt bestehen fließende Übergänge zu bodensauren Buchenwäldern (WMB/WLB), oft wechseln beide Typen auch in räumlich direkter Nachbarschaft miteinander ab.

Bestände im Baumholzstadium herrschen deutlich vor, oftmals enthalten diese bereits mäßig hohe Altholzanteile (20-35 %). Vereinzelt sind flächig Althölzer ausgebildet.

Es kommt im UG ausschließlich die basenärmere Variante des mesophilen Buchenwaldes (WMB) vor, kalkreichere Ausprägungen (WMK) fehlen. Als Kennarten der Krautschicht treten vor allem Buschwindröschen (*Anemone nemorosa*) und Waldmeister (*Galium odoratum*) hervor, in einigen Bereichen bildet auch das Einblütige Perlgras (*Melica uniflora*) große Herden. Weitere typische Arten sind Waldsegge (*Carex sylvatica*), Efeu (*Hedera helix*) und Goldnessel (*Lamium galeobdolon*), während Flattergras (*Milium effusum*) und Sauerklee (*Oxalis acetosella*) in den eher bodensauren Varianten des Waldmeister-Buchenwaldes wachsen.

Der Erhaltungszustand ist überwiegend gut („B“), zu gut einem Viertel Flächenanteil jedoch schlecht („C“). Der Gesamterhaltungszustand liegt damit bei „B“. Eine gute Bewertung der jeweiligen Waldflächen ergab sich zumeist aus einer typischen, durchschnittlich kennartenreichen Krautschicht, einer typischen Baumschicht, einem Mindestangebot an Strukturen (Altholzanteile oftmals 20-35 % innerhalb des bewerteten Bestandes, mäßig zahlreiche lebende Habitatbäume, aber zumeist fehlendes starkes Totholz) und allenfalls mäßigen Beeinträchtigungen. Abgewertet wurden vor allem strukturarme, schwächer dimensionierte Bestände. Teils treten auch deutliche Beeinträchtigungen durch Eutrophierung mit entsprechend gestörter Krautschicht, vereinzelt auch starke Befahrensschäden oder hohe Anteile von Nadelholz auf.

Neben den Buchenwald-LRT kommt ein weiterer signifikanter Wald-LRT vor.

- **9160 „Subatlantischer oder mitteleuropäischer Stieleichenwald oder Eichen-Hainbuchenwald“ (*Carpinion betuli*)**

Feuchte Eichen-Hainbuchenwälder kommen großflächig über das UG verstreut vor, allerdings fast nur in der Südhälfte. Eine deutliche Konzentration wird im Südwesten der TF 01 einschließlich anschließender Landesforstflächen deutlich.

Den größten Anteil hat die feuchte, basenärmere Variante (WCA). Daneben sind auch feuchte, basenreiche Eichen-Hainbuchenwälder (WCR) ausgeprägt, kleinflächig kommt auch die nasse Ausprägung vor (WCN §).

Typischerweise bildet die Stiel-Eiche die erste und die Hainbuche die zweite Baumschicht. Hinzu treten in wechselnden Anteilen auch Rotbuche, teils auch Esche, Erle und Sand-Birke. Die Bestände befinden sich fast alle im mittleren Baumholz- bis Altholzstadium. Die Strauchschicht ist oft nur fragmentarisch ausgebildet.

Für die Krautschicht sind Feuchtezeiger wie Wiesenschaumkraut (*Cardamine pratensis*), Winkelsegge (*Carex remota*), Waldsegge (*C. sylvatica*), Rasen-Schmieie (*Deschampsia cespitosa*), Hohe Schlüsselblume (*Primula elatior*), Gold-Hahnenfuß (*Ranunculus auricomus*), Scharbockskraut (*Ranunculus ficaria*) und Sumpf-Ziest (*Stachys palustris*) kennzeichnend. In der basenreichen Ausprägung kommt vor allem Aronstab (*Arum maculatum*) hinzu, in der nassen u.a. Sumpf-Segge (*Carex acutiformis*) und Mädesüß (*Filipendula ulmaria*).

Der Erhaltungszustand ist größtenteils gut („B“), vereinzelt auch hervorragend („A“), in wenigen Fällen jedoch schlecht („C“). Der Gesamterhaltungszustand dieses LRT liegt bei „B“.

Der gute Erhaltungszustand der jeweiligen Waldflächen ergibt sich aus einer zumeist typischen Baumartenzusammensetzung ohne nennenswerte Fremdholzanteile und einer mäßig artenreichen Krautschicht, was vielfach starke Defizite in der Strauchschicht überdeckt. Strukturell sind die Anteile von Altholz und Habitatbäumen (alte Eichen mit morschen Starkästen, Baumhöhlen und vielfach auch breiter Krone) wertgebend, während starkes Totholz oft weitgehend fehlt. Beeinträchtigungen sind überwiegend gering bis mäßig ausgeprägt. Hervorragend ausgeprägt ist ein strukturreiches Altholz am Südrand der TF 02, als schlecht erhalten wurden strukturärmere Bestände bewertet. Entwicklungsflächen wurden nicht erfasst.

Nicht signifikante Lebensraumtypen

Als nicht signifikant werden die LRT bezeichnet, die in der Gesamtbeurteilung in Bezug zur Einstufung als FFH-Gebiet und auf Grund ihrer Ausprägung oder mangelnder Größe im Standarddatenbogen für nicht relevant gehalten wurden. Unberührt hiervon bleibt in der Regel ihr gesetzlicher Status als geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG.

3150 – Natürliche eutrophe Seen mit einer Vegetation des *Magnopotamions* oder *Hydrocharitions*

Im Westen der TF 01 erfüllt ein sehr kleines Gewässer (~300 m²) die Kriterien für die Zuordnung zum LRT 3150. Das naturnah gestaltete Gewässer ist in einer ehemaligen Tongrube entstanden. Neben der vermutlich eingebrachten Seerose (*Nymphaea alba*) kommen Wasser-Knöterich (*Persicaria amphibia*) in der Wasserform sowie als kennzeichnende Art des LRT 3150 der Verkannte Wasserschlauch (*Utricularia australis*) (Rote Liste 3) vor. Röhrichte sind nur fragmentarisch ausgeprägt.

Der Erhaltungszustand dieses an Kennarten und typischen Vegetationszonen armen Gewässers ist schlecht („C“).

6510 – Magere Flachland-Mähwiesen mit Wiesenfuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*) und Wiesenknopf (*Sanguisorba officinalis*)

Im Norden der TF 01 liegt am Engter Berg eine Mähwiese, die in Teilen kleinseggen- und binsenreich ist (mäßig nährstoffreiche Nasswiese (GNM §)). Die hangaufwärts gelegenen Bereiche sind von Natur aus weniger nass und daher als feuchtes mesophiles Grünland (GMF) mit 7.900 m² ausgebildet. Diese Bereiche erfüllen die Kriterien für die Zuordnung zum LRT 6510.

Kennzeichnende Arten sind u.a. Kriechender Günsel (*Ajuga reptans*), Ruchgras (*Anthoxanthum odoratum*), Gänseblümchen (*Bellis perennis*), Cardamine (*Cardamine pratensis*), Rotschwingel (*Festuca rubra*), Spitzwegerich (*Plantago lanceolata*), Scharfer Hahnenfuß (*Ranunculus acris*), Sauerampfer (*Rumex acetosa*) und Wiesenklee (*Trifolium pratense*). Typisch für Mähwiesen sind außerdem Wiesenfuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*) und Glatthafer (*Arrhenatherum elatior*).

Der Erhaltungszustand der mäßig struktur- und kennartenreichen, offensichtlich wenig gedüngten und relativ extensiv genutzten Wiese ist gut („B“).

3.2 Gesetzlich geschützte Biotope

33,16 ha (2,8 %) des Schutzgebiets nehmen gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatschG ein. Es handelt sich um folgende Biotoptypen:

WCN Eichen- u. Hainbuchenmischwald nasser, nährstoffreicher Standorte

WEB Erlen- und Eschen-Auwald schmaler Bachtäler

WET (Traubenkirschen-) Erlen- u. Eschen-Auwald der Talniederungen

WEQ Erlen- und Eschen-Quellwald

WEG Erlen- und Eschen-Galeriewald

WAR Erlen-Bruchwald nährstoffreicher Standorte

WNE Erlen- und Eschen-Sumpfwald

FQT Tümpelquelle/Quelltopf

FQR Sicker- oder Rieselquelle

FBH Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Schottersubstrat

FBL Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat

SEA Naturnahes nährstoffreiches Abbaugewässer

STW Waldtümpel

GNM Mäßig nährstoffreiche Nasswiese

GNF Seggen-, binsen- oder hochstaudenreicher Flutrasen

Die Lage der geschützten Biotope zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung ist Karte 2 im Anhang zu dieser Begründung zu entnehmen.

Die Bestimmungen des § 30 BNatSchG bleiben von dieser Verordnung unberührt und gelten unmittelbar.

3.3 Tierarten (nach Anhang II und IV der FFH-Richtlinie und weitere lebensraumtypische Tierarten)

Im Anhang II der FFH-Richtlinie werden aus gemeinschaftsweiter Sicht der EU-Mitgliedsstaaten Pflanzen- und Tierarten gelistet, für die Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen (SSYMANK et al. 1998), um ihre Habitate zu erhalten und zu optimieren.

Während die Schutzgebiete des ökologischen Netzes Natura 2000 u. a. dem Schutz der in Anhang II der FFH-Richtlinie aufgeführten Arten dienen, umfasst der Anhang IV der FFH-Richtlinie streng geschützte Tier- und Pflanzenarten. Diese Arten sind aufgrund ihrer europaweiten Gefährdung und Verbreitung als Arten gemeinschaftlicher Bedeutung in den Anhang IV aufgenommen worden (ebenda). Bei den Arten des Anhangs IV geht es um den individuenbezogenen Schutz der Arten und der Lebensstätten, unabhängig davon, ob es sich um ein Schutzgebiet handelt; sie sind also auch außerhalb dieser Schutzgebiete geschützt.

Alle im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführten Tier- und Pflanzenarten werden durch das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zu besonders geschützten bzw. streng geschützten Arten (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 b) aa) bzw. Nr. 14 b) BNatSchG) erklärt. Sowohl für die besonders geschützten als auch für die streng geschützten Arten gelten die Bestimmungen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (Zugriffsverbote), mit denen die Verbote nach der FFH-Richtlinie Artikel 12

inhaltlich übernommen werden. Das heißt, dass diese Arten nicht verletzt, getötet oder aus der Natur entnommen werden dürfen. Insbesondere sind auch die Fortpflanzungs- und Ruhestätten beider Kategorien geschützt. Diese dürfen weder aus der Natur entnommen, noch beschädigt oder zerstört werden.

Für die streng geschützten Arten, gelten darüber hinaus - im Rahmen der Zugriffsverbote - auch die Störverbote des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG. Erhebliche Störungen sind während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderzeiten verboten. Erhebliche Störungen liegen vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population der jeweiligen Art verschlechtert.

Verstöße gegen die Verbote können als Ordnungswidrigkeiten (§ 69 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 2 - Nr. 4, Abs. 3 Nr. 20 u. 21 BNatSchG) und bei qualifizierten Umständen auch als Straftat (§§ 70 und 71 a BNatSchG) verfolgt werden.

3.3.1 Fledermäuse

Methodik und Kenntnisstand

Im Zusammenhang mit dem Planungsverfahren zur A 33 Nord und im Auftrag des NLÖ bzw. NLWKN wurden über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren an vielen Stellen im LSG und in dessen Umfeld Fänge mit Netzen durchgeführt (DENSE & LORENZ 2004 und 2006, SIMON & WIDDIG 2016). Dabei wurden u. a. zahlreiche Weibchen des Großen Mausohrs aus der Kolonie in der evangelischen Kirche Engter gefangen und mit Sendern versehen, sodass die nächtlichen Aufenthaltsorte der Fledermäuse während der Abwesenheit vom Quartier mit Hilfe von Peilempfängern bestimmt werden konnten. Mit dieser Methode konnte belegt werden, dass die Mausohr-Weibchen in der Gesamtfläche des LSG die strukturell dafür geeigneten Waldflächen als Jagdgebiet nutzen oder das LSG auf dem Weg in weiter entfernte Jagdgebiete queren. Die Weibchen aus der Wochenstuben-Kolonie in der katholischen Kirche Belm, deren Aktionsraum vom Quartier aus vorwiegend nach Norden, Osten und Süden ausgerichtet ist, halten sich eher ausnahmsweise im LSG auf.

Im Rahmen der Untersuchungen gelang auch der Fang von Bechsteinfledermäusen, die aus zwei verschiedenen Kolonien stammten. Einige besenderte Weibchen und Männchen der Art lieferten Daten zu Quartierbäumen und Jagdgebieten. Jagdgebiete und Quartierbäume der besenderten Weibchen und Männchen der Art lagen überwiegend im LSG (DENSE & LORENZ 2006 und 2013, SIMON & WIDDIG 2016)

Fledermäuse nach Anhang II

Als für das Schutzgebiet meldeerhebliche Fledermausarten des Anhangs II der FFH-Richtlinie sind im Standarddatenbogen das Große Mausohr (*Myotis myotis*) und die Bechsteinfledermaus (*Myotis bechsteinii*) aufgeführt.

- **Großes Mausohr (*Myotis myotis*)**

Die Großen Mausohren gehören zu den Fledermausarten, die in Mitteleuropa auf die Wälder als Refugialräume zurückgedrängt wurden, wo sie heute vermutlich die einzigen geeigneten Nahrungshabitate finden (MESCHEDE & HELLER 2002, S. 50). Als Gründe für den Rück-

gang werden im Wesentlichen Quartierzerstörung sowie Pestizideinsatz im Quartier und in den Nahrungshabitaten genannt (ebenda).

Die Wochenstubenkolonien der Mausohren befinden sich in der Regel außerhalb der geschlossenen Wälder in großvolumigen Dachstühlen. Dies ist auch im Landkreis Osnabrück der Fall, wo die bekannten Wochenstubenkolonien Dachböden in Kirchen von Belm und Engter als Quartier nutzen.

Die Großen Mausohren sind insbesondere auf die bodennahe Jagd nach überwiegend flugunfähigen Laufkäfern spezialisiert. Saisonal kann der Anteil der Laufkäfer in der Nahrung bis zu 80 % betragen. Daneben werden aber opportunistisch auch Fluginsekten erbeutet. Aufgrund ihres schnellen Fluges und wegen der optimalen Erreichbarkeit und Detektierbarkeit⁵ der Beute durch passive Ortung der Laufkäfer anhand von Raschelgeräuschen in der Laubstreu bevorzugen die Großen Mausohren Laubbaumbestände (mittleres Baumholz ab 30 cm BHD) mit lückiger oder fehlender Kraut- und Strauchschicht und einschichtigem, hallenartigen Bestandsaufbau als Jagdgebiet (MESCHEDE & HELLER 2000). Baumabstände von 4 bis 5 Metern bieten günstige Bedingungen (DIETZ & SIMON 2012). Dass Buchen-Hallenwälder eine besondere Bedeutung als Jagdgebiete besitzen, ist inzwischen durch viele (Telemetrie-) Studien bestätigt worden. Es werden aber auch unterwuchsarme Nadelforste bejagt, in denen ein hindernisfreier bodennaher Flug möglich ist. Alle entsprechend strukturierten Waldflächen im LSG werden von Großen Mausohren bejagt.

Die Jagdgebiete im LSG liegen minimal ca. 1 km vom Wochenstuben-Quartier entfernt, maximal sind es ca. 6 km. Angesichts des Aktionsradius der Großen Mausohren, der bis über 20 km weit reichen kann, sind die Jagdgebiete im LSG als quatiernah zu bezeichnen.

Die besondere Bedeutung des Schutzgebietes beruht auf seiner Funktion als Jagdgebiet für Wochenstubentiere der Mausohrkolonie im Kirchturm der evangelischen St. Johannis-Kirche in Engter, die ebenfalls als FFH-Gebiet gemeldet ist. Von zahlreich am Quartier gefangenen und besenderten Individuen jagten laut Ergebnissen der Untersuchungen aus dem Zeitraum von 2004 bis 2013 viele im LSG oder querten es auf dem Weg zu weiter entfernten Jagdgebieten. Im LSG gefangene und besenderte Große Mausohren stammten aus der Kolonie in Engter. Von der damals festgestellten Raumnutzung der Mausohren ist auch heute noch auszugehen.

Im Wald liegen Ruhestätten in Form von Tagesverstecken, welche sich z. B. in Hohlräumen und in Spalten und hinter abgeplatzten Rinden der Bäume befinden können. Diese Baumquartiere werden in der Regel von solitären männlichen Tieren (sogenannte „Männchenquartiere“) einzeln zur Übertagung aufgesucht. Im Gegensatz dazu befinden sich die Wochenstubenquartiere der Weibchen in Gebäuden. Aber auch für weibliche Tiere haben Baumhöhlen wichtige Funktionen. Einerseits dienen sie als Ausweichquartiere, welche z. B. in weiter von der Wochenstube entfernten Jagdgebieten bei in der Nacht einsetzendem Regen aufgesucht werden. Andererseits fungieren die Höhlen für die Großen Mausohren aber auch als Fortpflanzungsstätten (Paarungsquartiere) (NLWKN Stand 6/2009).

Dabei ist es generell wichtig, dass den Fledermäusen eine größere Auswahl von Quartierbäumen zur Verfügung steht, die sie als Tagesverstecke nutzen können. Um die begrenzte Ressource „Höhlenbaum“ konkurrieren mit den Fledermäusen andere Fledermausarten,

⁵ Wahrnehmbarkeit/Erfassen der Beute durch passive Ortung am Boden (Wahrnehmung von Raschelgeräuschen) sowie durch aktive Ortung im Flug (durch Aussendung von hochfrequenten Lauten im Ultraschallbereich und Wahrnehmung des Echobildes)

Kleinsäuger, Vögel und Wespen, sodass von den potentiell geeigneten Höhlen für die Großen Mausohren immer nur ein Teil tatsächlich nutzbar ist.

Der Erhaltungszustand des Großen Mausohr wird als gut („B“) im Standarddatenbogen des NLWKN angegeben. Diese Einstufung gilt mit Bezug zu den Jagdgebieten. Diesen Zustand gilt es zu erhalten. Wegen eines Mangels an geeigneten Quartierangeboten werden andere wesentliche Lebensraumfunktionen allerdings nur unzureichend erfüllt.

Die Lebensraumfunktionen des Schutzgebietes sind infolgedessen in Bezug auf das Quartierangebot zu verbessern.

- **Bechsteinfledermaus (*Myotis bechsteinii*)**

Als Rückgangsursachen und Gefährdungen gelten in der Fachliteratur für die lebensraumtreue und anspruchsvolle Art insbesondere Habitatverschlechterungen durch Entnahme von Totholz, wirtschaftlich minderwertigen Bäumen mit Zwieselbildung, von Höhlenbäumen sowie die Anwendung von Pestiziden, die sich in der Nahrungskette anreichern (Petersen et al. 2004).

Die Bechsteinfledermaus wird in der Fachliteratur als „typische „Waldfledermaus“ (MESCHÉDE & HELLER 2002, S. 70) bezeichnet. Sie gehört zu den Fledermausarten, die am stärksten an den „Lebensraum Wald“ gebunden sind und die in ihrem jährlichen Lebenszyklus den Wald am intensivsten und am längsten nutzen.

Der Wald dient dabei sowohl als Jagdgebiet als auch Fortpflanzungsstätte von Wochenstuben, sofern für Letztere als Voraussetzung für das Vorkommen eine hinreichende Anzahl von potentiellen Quartierbäumen im räumlichen Zusammenhang vorhanden ist. Die Anzahl ist abhängig von den Strukturen innerhalb der Wälder und von den Abständen der Quartierbäume zueinander.

Für die substratnah jagenden Bechsteinfledermäuse ist der langsame und wendige Beutesuchflug in mehrschichtig aufgebauten, strukturreichen Wäldern belegt (MESCHÉDE & HELLER 2002, S. 72). Dabei sollten die unteren Schichtungen nicht mehr als 30 % Deckung betragen. Bevorzugte Habitate sind z. B. struktur-, alt- und totholzreiche, insbesondere auch feuchte Misch- und Laubwälder mit Waldgewässern und Waldbächen, auch wenn sie nur temporär Wasser führen. Wälder aus Laubbäumen wie Buche, Eiche oder Weichhölzern werden bevorzugt. Höhere Anteile der Eiche sind oft kennzeichnend für Bechsteinfledermaus-Lebensräume. Aus mehreren Untersuchungen von Bechsteinfledermäusen in Norddeutschland ist aber auch bekannt, dass bei geringeren Anteilen von Laubwald ältere strukturreiche Kiefern- und Kiefern-mischwälder die Lebensraumansprüche ebenso erfüllen können wie die Laubwälder. Dieses ist auch im Schutzgebiet der Fall, wo die Laubwälder einen vergleichsweise geringen Anteil von ca. 42 % der Waldfläche einnehmen.

In ihrem Lebensraum Wald nutzen die Bechsteinfledermaus-Kolonien als Quartiere vorwiegend Spechthöhlen und hochausgefaulte Stammfußhöhlungen an verschiedenen Baumarten, auch in Nadelbäumen. Insbesondere von den Männchen werden auch spaltförmige Hohlräume hinter abstehender Borke als Tagesversteck aufgesucht.

Die Bechsteinfledermaus-Kolonien wechseln bei ansonsten ausgeprägter Gebietstreue häufig ihr Quartier. In einer Untersuchung wurde die Nutzung von mehr als 40 verschiedenen Quartierbäumen während einer Saison nachgewiesen. Diese Wechsel werden auch von den Müttern mit ihren Jungen vorgenommen (MESCHÉDE & HELLER 2002). In noch deutlich

höherem Maße als für das Große Mausohr gilt daher für diese Art, dass eine ausreichende Anzahl von Quartieren vorhanden sein muss, insbesondere bezüglich des kolonieorientierten Schutzes der fast dauerhaft im Wald lebenden Art.

Im bzw. am Rand des Schutzgebietes sind im Westen und Osten zwei Wochenstubenkolonien nachgewiesen worden. Es ist von einer weiteren im nördlichen Bereich auszugehen. Als Art mit einem vergleichsweise geringen Aktionsradius (überwiegend 1-2 km, seltener bis über 3 km um ihre Quartiere), bestehen hohe Ansprüche an den Schutzraum einer Wochenstubenkolonie, der mit struktur-, alt- und totholzreichen Wäldern mit hoher Baumhöhlendichte ausgestattet sein sollte.

Weitere lebensraumtypische Fledermausarten des Anhang IV

Neben dem Großen Mausohr und der Bechsteinfledermaus, welche als Anhang II-Arten im Standarddatenbogen genannt sind, wurden neun weitere Fledermausarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie im Gebiet festgestellt, von denen zumindest die ersten sieben Arten der Liste eine engere Bindung an den Wald als Quartierstandort, Jagdgebiet oder auch Ganzjahreslebensraum haben:

Braunes Langohr (*Plecotus auritus*)

Fransenfledermaus (*Myotis nattereri*)

Große Bartfledermaus (*Myotis brandtii*)

Kleine Bartfledermaus (*Myotis mystacinus*)

Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*)

Großer Abendsegler (*Nyctalus noctula*)

Kleiner Abendsegler (*Nyctalus leisleri*)

Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)

Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*)

3.3.2 Weitere lebensraumtypische Tierarten

Kamm-Molch (*Triturus cristatus*)

Als für das Schutzgebiet meldeerhebliche Amphibienart des Anhangs II der FFH-Richtlinie ist im Standarddatenbogen der Kamm-Molch (*Triturus cristatus*) aufgeführt.

Der Kamm-Molch wurde in mehreren Gewässern im LSG und in dessen näheren und weiteren Umfeld nachgewiesen. Im LSG liegen auch Sommerlebensräume. Die Gewässer im LSG sind daher als wichtiger Teil eines Verbundsystems von Fortpflanzungsgewässern zu sehen und werden daher für den im schlechten Erhaltungszustand („C“) befindlichen Kamm-Molch beregelt.

Wildkatze (*Felis sylvestris*)

Die Wildkatze ist eine charakteristische Art zusammenhängender ausgedehnter Laubwälder, insbesondere Buchen- und Eichenwälder mit hohen Waldsaumanteilen (Vollzugshinweise des NLWKN 2010). Die Wälder des Schutzgebietes passen aufgrund ihrer Größe, ihrer Baumartenzusammensetzung, ihrer Strukturen und ihrer relativen Störarmut zu den Lebensraumansprüchen dieser Anhang IV-Art der FFH-Richtlinie. Ob das Schutzgebiet tatsächlich dauerhaft besiedelt wird oder nur als Wanderkorridor genutzt wird, wäre nur über ein Monitoring zu klären.

Das Schutzgebiet bietet Habitatvoraussetzungen für das potentielle Vorkommen der hochmobilen, in der Ausbreitung befindlichen Wildkatze (mdl. Mittl. JACOB/NLWKN 12/2015), sodass diese von Waldstrukturen abhängige Art in Bezug auf mögliche Gefährdungen berücksichtigt werden muss.

Gefährdungen gehen für die Tierart z. B. von Fragmentierungen/Zerschneidungen der Lebensräume, Abnahme von Strukturvielfalt, Zunahme von Störungen und Fallen aus.

4 Schutzbedürftigkeit und Gefährdungen

4.1 Schutzbedürftigkeit

Die großflächigen Laubwälder mit ihren FFH-Lebensraumtypen befinden sich überwiegend in einem günstigen („B“) Erhaltungszustand (EHZ). Dennoch sind teilweise erhebliche strukturelle Defizite zu erkennen. Das LSG muss zukünftig vor negativen Einflüssen bewahrt werden, um den günstigen Erhaltungszustand der FFH-Lebensraumtypen und den der FFH-Fledermausarten Großes Mausohr, Bechsteinfledermaus und weiterer für das Gebiet charakteristischer Fledermausarten zu erhalten.

Um den günstigen EHZ der LRT zu sichern bzw. wieder einen günstigen EHZ zu erreichen, sind die Buchen-, Eichen- und Auenwälder als Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-Richtlinie sowie damit Biotopkomplexe bildende Feuchtgrünlandtypen, die überwiegend nach § 30 BNatSchG geschützte Biotope darstellen, im Schutzzweck der Verordnung benannt. Aus dem Schutzzweck müssen Ge- und Verbote abgeleitet werden, die den günstigen EHZ gewährleisten.

Bei dem Schutzgebiet handelt es sich um ein großflächiges, relativ unzerschnittenes, Waldökosystem, dessen standörtliche und ökologische Vielfalt durch geeignete Regelungen gesichert und entwickelt werden muss, um die rechtlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen. Insbesondere die den Buchenwaldökosystemtypen eigene systeminterne Vielfalt, die sich durch eine hohe Regenerationsfähigkeit und ökologische Stabilität ausdrückt, muss zum Schutz der Lebensraumtypen und ihrer charakteristischen Flora und Fauna unterstützt werden. Für alle im Schutzzweck benannten Bestandteile des LSG gilt, dass sie von Störungen, nicht angepasster Nutzung, Nutzungsänderungen/-intensivierung und Stoffeinträgen bedroht oder beeinträchtigt werden.

Für die Fledermäuse existieren große Defizite beim Quartierangebot, sodass der Erhaltung und Entwicklung potentieller Quartierbäume eine besondere Bedeutung zukommt.

4.2 Zusammenfassung der wichtigsten gebietstypischen Gefährdungen

Es wurden folgende Strukturdefizite und Gefährdungen im Rahmen der Basiserfassungen, der Erfassung gesetzlicher Biotope und der Tierarten festgestellt:

Lebensraumtypen der Wälder: Strukturelle Parameter wie der Mangel an Totholz und Altholz, Beimischung standortuntypischer Nadelbaumarten (Fichte, Lärche, Douglasie), Störungen durch menschliche Aktivitäten (z. B. Eintrag von Neophyten, bestimmte Formen der Freizeitnutzung).

Fledermäuse: Verringerung der für das Große Mausohr als Jagdgebiet geeigneten Waldflächen; Mangel an Tot- und Altholz und Habitatbäumen mit Quartierpotential, die Mausohr-Männchen als Sommer- und Paarungsquartier sowie Weibchen als Tagesquartier und Bechsteinfledermäusen und anderen Fledermausarten als Wochenstubenquartier dienen können.

Gesetzlich geschützte Biotope: Entwässerung der Auenwald- und Quellwaldtypen und der Eichen-Hainbuchen-Wälder sowie der Feuchtgrünlandtypen, Beeinträchtigung der naturnahen Bäche durch angrenzende Nutzungen und nicht autotypische Baumarten.

5 Relevante Regelungsinhalte

5.1 § 4 Verbote

Satz 1 und 2 enthalten die nachrichtliche Übernahme bestehender gesetzlicher Regelungen gemäß § 26 Abs. 2 und § 33 Abs. 1 BNatSchG. Er zitiert, dass im LSG alle Handlungen verboten sind, die den Charakter des Landschaftsschutzgebiets, beschrieben in § 2 dieser Verordnung, verändern oder dem besonderen Schutzzweck gemäß § 3 dieser Verordnung zuwiderlaufen. Zudem sind gemäß § 33 Abs. 1 BNatSchG alle Handlungen unzulässig, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Natura 2000-Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele und den Schutzzweck dieser Verordnung maßgeblichen Bestandteilen, dargelegt in § 3 Absatz 3, führen können.

Welche Handlungen dies sein können, ist im **§ 4 Satz 3 unter den Nummern 1 bis 30** der Verordnung geregelt. Sie sollen die wichtigsten Einschränkungen im LSG verdeutlichen, können jedoch vorausschauend keine endgültige Aufzählung darstellen.

Über die Verbote soll sichergestellt werden, dass die Erhaltung und Entwicklung des Schutzgebietes als großflächiges Waldgebiet mit seinen charakteristischen Buchen- und Eichenwäldern, aber auch Kiefern- und Kiefern-mischwäldern sowie den lebensraumtypischen Tier- und Pflanzenarten gewährleistet ist. Auch in der Funktion des Gebietes für die ruhige Erholung sind als Voraussetzung die Ruhe und Ungestörtheit innerhalb des Schutzgebietes sicherzustellen.

Die Verbote sind aus **§ 2 Gebietscharakter** und aus **§ 3 Besonderer Schutzzweck** abgeleitet und für die Erreichung der Schutzzwecke erforderlich.

Unter den **Nummern 1 bis 5, 26 und 28** sind Handlungen aufgezählt, die ein hohes Störpotenzial besitzen und daher nicht mit dem Schutzzweck vereinbar sind. Hierzu gehört beispielsweise das Verbot, die Wälder während bestimmter Zeiträume (**Nr. 1**) zu betreten, um den Schutz der Tierwelt und der gebietstypischen Geophyten zu gewährleisten.

Zu den Handlungen zählt auch das ganzjährige Fahrradfahrverbot außerhalb der Straßen und Wege (**Nr. 2**).

Zu den unbemannten Luftfahrzeugen aller Art unter der **Nr. 26** zählen unbemannte Fluggeräte, wie z. B. Modellflugzeuge oder Drohnen, egal ob sie zu Zwecken des Sports, der Freizeitgestaltung oder zu sonstigen Zwecken, z. B. zu einem gewerblichen Nutzungszweck (gewerbliche Bildaufnahmen mit dem Zweck des Verkaufs) verwendet werden. In der „Bundesverordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten“ vom 30.03.2017 wird gemäß § 21b Nr. 6 generell der Betrieb von unbemannten Luftfahrtsystemen und Flugmodellen über Natura 2000-Gebieten untersagt. Mit „Unbemannte Luftfahrtsysteme“ sind unbemannte Fluggeräte gemeint, die nach § 1 Absatz 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) im Gegensatz zu Flugmodellen nicht zu Zwecken des Sports oder der Freizeitgestaltung betrieben werden, sondern deren Einsatz mit einem sonstigen, insbesondere einem gewerblichen Nutzungszweck verbunden ist (z. B. Bildaufnahmen mit dem Ziel des Verkaufs). Im Schutzgebiet ist die Nutzung von unbemannten Luftfahrtsystemen (Drohnen) zum Zwecke der Aufnahme von Luftbildern und Filmen zur Dokumentation, Planung und zum Monitoring für Vermessungsarbeiten und Verkehrszählungen, für land- und forstwirtschaftliche, zur hoheitlichen und wissenschaftlichen Verwendung sowie zu Rettungszwecken gemäß **Nr. 26 Satz 2** zulässig.

Die unter den **Nummern 11 bis 15 sowie 21 bis 25** gelisteten Handlungen führen in der Regel zur Veränderung oder Überformung des Gebietscharakters. Mit den Handlungen gehen i. d. R. veränderte, intensivierte oder störende Nutzungen von Flächen einher, die mit den besonderen Schutzzwecken für das LSG gemäß § 3 Abs. 2 und Abs. 3 dieser Verordnung nicht verträglich sind.

Das unter **Nr. 14** gelistete Verbot dient ebenfalls der Erhaltung des Gebietscharakters mit den standorttypischen Laubwaldgesellschaften und deren jetzigen Flächenanteilen. Neben der Gesamtfläche der LRT sind auch die Laubwaldflächen mit eingeschlossen, die keinen LRT darstellen. Diese Flächen tragen als Entwicklungsflächen dazu bei, längerfristig den Flächenanteil der Jagdgebietsfläche sowie das Angebot an Fortpflanzungs- und Ruhestätten (Baumhöhlen) für die Bechsteinfledermaus, das Große Mausohr und weitere lebensraumtypische Fledermausarten zu erhalten und zu entwickeln. Die Einbeziehung dieser Flächen ist insbesondere auch deshalb notwendig, weil hinsichtlich der Nadelwälder, von denen ca. 41 ha (etwa 4 % der Gesamtwaldfläche) strukturell für die Bodenjagd des Großen Mausohrs geeignet sind, in der Verordnung keine Regelungen getroffen wurden.

Die Lebensraumtypen des Schutzgebietes sind aufgrund der vorhandenen Strukturen gleichzeitig die bevorzugten Jagdgebiete der Großen Mausohren, während Fortpflanzungs-(=Paarungsquartiere) sowie sonstige Übertagungsquartiere (Ruhestätten) für sowohl männliche als auch weibliche Tiere auf der gesamten Laubwaldfläche und vereinzelt wahrscheinlich auch im Nadelwald vorhanden sind.

Für die strukturierte Laubwälder bevorzugende Bechsteinfledermaus ist die Erhaltung der Laubwaldanteile ebenfalls wichtig.

Entgegen den Ausführungen im Leitfaden 2018, der nur Altholzbestände in Lebensraumtypen mit bestimmten Baumarten als relevante Flächen für Fortpflanzungs- und Ruhestätten einstuft und Regelungen auf diese Flächen beschränkt, kann nach Erfahrung und Aussagen von Fledermausexperten mit dieser Beschränkung der Erhaltungszustand der Fledermausarten nicht gesichert oder verbessert werden. Für Fledermauslebensräume sind insbesondere der Strukturreichtum in den Wäldern und ganz wesentlich das Quartierangebot wertgebende Faktoren. Zwar ist das Quartierangebot tendenziell in Wäldern mit viel Altholz höher und es gibt Baumarten, an denen häufiger Quartierstrukturen entstehen. Ein erheblicher Anteil der Fledermausquartiere liegt aber auch in jüngeren Waldbeständen und prinzipiell werden ge-

eignete Hohlräume an allen Baumarten genutzt. Konstatiert werden muss hier allerdings der Trend, dass im heutigen Wirtschaftswald in der Regel auch die Altholzbestände höhlenarm sind.

Einen stärkeren Einfluss auf das Vorhandensein fledermausrelevanter Strukturen als Alter und Baumartenzusammensetzung hat u. U. die Art und Intensität der Waldbewirtschaftung. Deshalb können auch Laubwälder, die kein LRT im Altholzstadium sind, oder auch Nadelwälder mit entsprechender Strukturvielfalt als Ersatzlebensräume geeignet sein, die obengenannten Lebensraumfunktionen zu übernehmen. Unter den Nadelwäldern im Schutzgebiet sind dies insbesondere die ausgedehnten Kiefern- und Kiefern-mischwälder, die zumindest örtlich einer vergleichsweise gemäßigten Intensität der Bewirtschaftung unterliegen. In den Kiefern-mischwäldern treten zu den Kiefern in der Regel Buchen und Eichen, aber z. B. auch Birken und Ebereschen. Je nach Bestand und Bewirtschaftungsintensität sind diese Wälder strukturell vielseitig ausgeprägt. Zu den Strukturen in diesen Wäldern gehören anbrüchiges Holz, absplattende Rinden, Spechthöhlen und auch lokal Totholz. Sie können im Schutzgebiet sowohl durch einen teilweise gestuften Bestandsaufbau mit Strauchschichten aus Zwergsträuchern und Begleitbaumarten in der zweiten und dritten Baumschicht als auch durch Bestände mit Kernwüchsen und Hallencharakter gekennzeichnet sein und sind daher von Bedeutung zur Erfüllung der Lebensraumfunktionen als Jagdgebiete und Quartierstandorte beider Fledermausarten des Anhangs II, insbesondere für die Bechsteinfledermaus, aber auch für weitere waldnutzende Fledermausarten (vgl. hierzu auch S. 16, Absatz: Weitere lebensraumtypische Fledermausarten des Anhang IV)

Um der europarechtlichen Verpflichtung zu genügen, den Status als Fledermauslebensraum in seiner Qualität und Quantität zu erhalten und in Bezug auf die Quartiersituation zu verbessern, wurden die Regelungen zur Sicherung und Entwicklung der Lebensraumfunktionen für das Große Mausohr und die Bechsteinfledermaus auch auf die Kiefern- und Kiefern-mischwälder bezogen. In den übrigen Laubwäldern, die kein LRT sind, wie z. B. Laubforste aus einheimischen Arten oder Pionierwälder, greift nur das Verbot der Umwandlung in Nadelwald.

Die Verbote unter den **Nummern 6 bis 10 und 16 bis 20** verhindern ökologische Schädigungen innerhalb des Schutzgebietes, die den besonderen Schutzzwecken für das LSG gemäß § 3 Abs. 2 und Abs. 3 dieser Verordnung entgegenwirken. Zum Schutz der FFH-Lebensraumtypen und FFH-Tierarten sind diese Lebensräume und die mit ihnen korrespondierenden Flächen vor schadhaften Einflüssen zu bewahren. Schadhafte Einflüsse können u.a. durch Düngung oder Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln (**Nr. 16**), durch Betreten oder Beschädigung wertvoller Lebensräume, Entwässerungen (**Nr. 17**), Beseitigung von Waldmantelgebüsch (**Nr. 9**) und Grünlandumbruch (**Nr. 15**) entstehen.

§ 4 Nr. 9 dient dem Erhalt von Waldrandgebüsch, Ufergehölzen sowie Gehölzbeständen außerhalb des Waldes. Die in der Verordnung vorgesehenen Regelungen gelten für den in den maßgeblichen Karten (Anlage 2, Karten 1 bis 3) dargestellten Bestand an (Waldrand)-Gebüsch und Gehölzen sowie Fließ- und Stillgewässern, der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung vorlag, sowie sich ggf. zukünftig entwickelnde weitere Biotope dieser Art.

Zum Schutz von Quellbereichen und Bachläufen als Lebensraum spezifischer Pflanzen- und Tierarten, wie von Wirbellosen, z. B. Libellen, dienen die Regelungen gemäß **§ 4 Nr. 8, 18, 19 und 20**. Die Regelungen **Nr. 8, 19 und 20** gelten darüber hinaus insbesondere für die Stillgewässer des Schutzgebietes in ihrer Eignung als Fortpflanzungsgewässer für Amphibien und hier speziell für den Kamm-Molch als Anhang II-Art. Die Regelung unter **Nr. 8** beinhaltet auf diese Lebensräume bezogen insbesondere das Verbot des aktiven Einbringens

von Fischen. Bei den Fließgewässern des Schutzgebietes handelt es sich überwiegend um schmale, unter einem Meter breite Waldbäche, die oftmals nur temporär Wasser führen und für einen Fischbesatz ohnehin nicht geeignet scheinen. Die durch Abgrabungen entstandenen Stillgewässer zeigen derzeit keine Anzeichen fischereilicher Nutzungen und sind als Fortpflanzungsgewässer für den Kamm-Molch von Bedeutung. Das Einbringen von Fischen würde die Kamm-Molch-Restpopulationen des Schutzgebietes gefährden.

Die Verbote tragen dazu bei, den Charakter und die Qualität des Schutzgebietes im Sinn der Schutzzwecke zu bewahren und zu entwickeln und seine gebietstypischen Pflanzen- und Tierarten, deren Lebensgemeinschaften und Habitate nicht zu gefährden.

Die Verbote des § 4 sind im Zusammenhang mit den Freistellungen in § 5 zu betrachten. Die Begründungen und Erläuterungen der Freistellungen (s. u.) konkretisieren den Hintergrund der jeweils benannten Regelung im Zusammenhang mit den Verboten unter § 4.

5.2 § 5 Freistellungen

5.2.1 Regelungen zur Betretung und Durchführung von Maßnahmen

Der § 5 enthält Handlungen, deren Ausübung oder Durchführung von den Verboten des § 4 der Verordnung freigestellt ist. Soweit der Schutzzweck es erfordert oder erlaubt, können gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG Abweichungen von den in § 4 der LSG-Verordnung formulierten Verboten zugelassen werden (**Absatz 1**). Die Freistellungen erfolgen, weil die aufgezählten Handlungen entweder für die Realisierung des Schutzzweckes erforderlich sind, diesem nicht entgegenstehen oder das Verbot eine unzumutbare Härte für Grundeigentümer oder Nutzungsberechtigte darstellen würde.

Dazu gehören die unter **Absatz 2** geregelten Freistellungen bezüglich des Betretungsverbot. Vom Betretungsverbot ausgenommen sind die Eigentümer und Nutzungsberechtigten sowie Bedienstete der Naturschutzbehörden, Bedienstete anderer Behörden und öffentlicher Stellen sowie deren Beauftragte zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben (**Nr. 1 a und b**). Sofern andere Behörden und öffentliche Stellen sowie deren Beauftragte Maßnahmen durchführen möchten, ist eine schriftliche Anzeige mindestens einen Monat vor Beginn der Maßnahmen bei der Naturschutzbehörde erforderlich (**1 c**), um die Einhaltung des Schutzzwecks zu gewährleisten und um über die Vorhaben informiert zu sein.

Freigestellt ist unter **Nr. 3** auch das Betreten zur wissenschaftlichen Forschung und Lehre, zur Information und Bildung, wenn die Naturschutzbehörde dem zugestimmt hat. Mit dieser Regelung soll sichergestellt werden, dass Forschung, Lehre und Bildung möglich sind, die Naturschutzbehörde aber Kenntnisse darüber hat und das Gebiet durch zu häufige Störungen nicht in seiner Funktion entwertet wird. Gleichzeitig können durch Zurverfügungstellung der erhobenen Daten aktuelle Informationen für die Naturschutzbehörde gewonnen werden.

Weiterhin freigestellt ist das Betreten einschließlich der Durchführung von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung sowie zur Untersuchung und Kontrolle des LSG, wenn diese Maßnahmen im Auftrag oder auf Anordnung der Naturschutzbehörde bzw. mit deren Zustimmung durchgeführt werden (**Nr. 4**). Diese Freistellung dient der Möglichkeit zur Verbesserung des Zustandes des Gebietes sowie zur Überwachung, ob der Schutzzweck und die Erhaltungsziele für die Lebensraumtypen und Tierarten (Monitoring) erreicht werden.

Nr. 5 stellt das Betreten des Gebietes zur Durchführung organisierter Veranstaltungen unter Zustimmungsvorbehalt. Mit dieser Regelung können die geplanten Veranstaltungen, die oft

mit erhöhten Besucherdichten, Lautstärken und weiteren Störungen verbunden sind, auf ihre Verträglichkeit mit den Schutzzwecken des LSG und seine Erhaltungsziele im Vorfeld geprüft werden. Gegebenenfalls werden in der Zustimmung Vorgaben hinsichtlich Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise gegeben. Eine Unverträglichkeit der Veranstaltung mit dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen kann auch zum Untersagen führen. Mögliche Beispiele sind hierfür Survival-Camps oder Cross-Laufen quer durch den Wald. Eine Zustimmung kann nur erteilt werden, wenn Schädigungen und Störungen des Gebietes nicht zu erwarten sind.

Die Nrn. 6 und 7 erlauben das Schilderaufstellen zu gebietsbezogenen, naturschutzfachlichen Informationen sowie zu spezifischen Regelungen der Erholungs- und Freizeitnutzung im Auftrag, auf Anordnung oder mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde. Hierdurch soll zum einen gewährleistet werden, dass nur mit dem Schutzzweck inhaltlich vereinbare Inhalte dargestellt werden, zum anderen kann durch diese Regelung auf die Auswahl des geplanten Standortes Einfluss genommen werden.

Darüber hinaus ist das Aufstellen oder Anbringen von Hinweis- und Warntafeln sowie Notfall-Rettungsschildern zulässig.

Die **Nrn. 8 und 9** regeln die Gehölzpflege. Generell freigestellt sind in **Nr. 9** alle für die Verkehrssicherung notwendigen Maßnahmen an Gehölzen zur Abwendung akuter Gefahren. Den Grundstückseigentümern und Nutzungsberechtigten wird dadurch die Möglichkeit gelassen, ihren Verkehrssicherungspflichten nachzukommen. In der Regel sind dies gezielte Rückschnittmaßnahmen. Im Einzelfall kann dies aber auch die Fällung eines ganzen Baumes bedeuten. Der Zusatz „im notwendigen Umfang“ stellt klar, dass es nicht zur vorsorglichen Beseitigung von Gehölzen, von denen keine besondere Gefahr ausgeht, kommen darf. Im notwendigen Umfang können in diesem Zusammenhang auch Windwurfschäden beseitigt werden. Dies betrifft z. B. Bäume, die nach Windbruch in den Gewässerquerschnitt fallen und den Abfluss behindern oder auf angrenzenden Nutz- oder Verkehrsflächen liegen.

Maßnahmen an Bäumen und Gehölzen außerhalb des Waldes sind nur im Rahmen der Pflege zur Verjüngung zulässig. Um hierbei Schäden zu vermeiden, ist der Einsatz von Schlegelmähern verboten (**Nr. 8**). Schnitt- und Fällarbeiten an Gehölzen, die sich aufgrund ihres Alters oder ihrer Art nicht verjüngen lassen und die nicht der Verkehrssicherung dienen (**Nr. 9**), stehen unter Zustimmungsvorbehalt. Dasselbe gilt für die Rodung oder sonstige Beseitigung von Gehölzen. Die Regelung dient dem Erhalt des Landschaftsbildes, des Struktur-reichtums und der Beibehaltung eines möglichst vielseitigen Angebotes an Brut-, Ruhe- und Lebensstätten für die charakteristischen Tierarten im Schutzgebiet. Die Regelungen der Verordnung zum Schutz von Baumreihen, Hecken und Feldgehölzen im Landkreis Osnabrück vom 26.08.1996 bleiben unberührt.

Sofern Wege außerhalb von Wäldern nicht mehr durch Unterhaltung funktionsfähig gehalten werden können und neues zusätzliches Material eingebracht werden muss, handelt es sich um eine Instandsetzung. Bautechnisch befestigte Wege sind solche, die künstlich und unter Verwendung von externem Wegebaumaterial hergestellt worden sind. An die Instandsetzung sind die unter **Nr. 11** aufgeführten Bedingungen geknüpft. Die geltenden Beschränkungen, nur milieugerechtes Material verwenden zu dürfen, die Wege nicht zu verbreitern und kein überschüssiges Material in die angrenzenden Flächen abzuschieben, dienen der Erhaltung des gebietstypischen Erscheinungsbildes und der Vermeidung einer nachteiligen Beeinflussung Wege begleitender Flächen. Auch sollen mit größeren Bautätigkeiten verbundene Störungen von Tierarten vermieden werden. Als milieutypisches Material ist im Schutzgebiet im Bereich bodensaurer Standorte nur kalkfreies Material, z. B. quarzitischer Sandstein zu verwenden, auf kalkreicheren Standorten Kalkschotter.

Bei Straßen handelt es sich um bereits bituminös vollversiegelte Flächen. Deren Nutzung, Unterhaltung und Instandsetzung soll gemäß **Nr. 12** weitgehend uneingeschränkt möglich bleiben. Es muss lediglich die Einschränkung geben, dass die überbaute Fläche im Rahmen von Unterhaltung und Instandsetzung nicht erweitert wird, um Flächenverlust bzw. Neuversiegelung im LSG zu unterbinden.

Für die Wege innerhalb der Waldgebiete gelten die Regelungen zur ordnungsgemäßen Forstwirtschaft (siehe § 5 Abs. 4 Nr. 1 und 2).

Rechtmäßig bestehende bauliche Anlagen, wie z. B. Brückenbauwerke oder Gewässerdurchlässe, dürfen gemäß **Nr. 13** weiterhin in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang genutzt und unterhalten werden, um deren Betrieb uneingeschränkt zu gewährleisten. Sollten bauliche Anlagen instandgesetzt oder ersetzt werden müssen, können hiervon jedoch Beeinträchtigungen des Schutzzweckes hervorgerufen werden. Um dies zu vermeiden, sind diese Tätigkeiten der zuständigen Naturschutzbehörde anzuzeigen, um bei Bedarf Einfluss auf die Baumaßnahmen nehmen und die Einhaltung des Schutzzweckes gewährleisten zu können.

Als Wandergebiet hat das Schutzgebiet eine Bedeutung für die ruhige Erholung. **Nr. 14** ermöglicht notwendige Neuanlagen von Einrichtungen der Freizeitinfrastruktur, wie Schutzhütten oder Wanderparkplätze, nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde.

Im Schutzgebiet befinden sich u. a. Gastrassen, Strom- und Telefonleitungen. Durch die Regelung in **Nr. 15** wird die Nutzung und Unterhaltung der an das öffentliche Netz angeschlossenen Ver- und Entsorgungsleitungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang freigestellt. Hierzu gehören Unterhaltungsmaßnahmen, wie z. B. der erforderliche Gehölzrückschnitt innerhalb des nach § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG zulässigen Zeitraums vom 01. Oktober bis 28./29. Februar, die Mahd von Sicherheits- bzw. Schutzstreifen oder Wartungsarbeiten. Eine Instandsetzung oder der Ersatz bedeuten in der Regel durch das Befahren zum Ort hin sowie durch die eigentliche Maßnahme (Erneuerung von Rohren, Masten oder Fundamenten) einen größeren Eingriff und auch Bautätigkeiten in geringerem Umfang können bereits dem Schutzzweck entgegenstehen. Die Arbeiten bedürfen daher der schriftlichen Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde. Nicht aufschiebbare, begründete Maßnahmen zur Behebung von Störungen bleiben allerdings jederzeit möglich und können daher unmittelbar vor Beginn oder unverzüglich nach Durchführung der Maßnahmen angezeigt werden.

5.2.2 Regelungen zur Durchführung der landwirtschaftlichen Nutzung

In **Absatz 3** wird die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung nach guter fachlicher Praxis gemäß § 5 BNatSchG mit Einschränkungen freigestellt. Bei den landwirtschaftlichen Flächen handelt es sich einerseits um Ackerflächen und die dazu zählenden Grünland-einsaat, andererseits um Dauergrünland, welches Intensiv- und Extensivgrünland umfasst. Unter den **Nrn. 1 bis 10** sind Auflagen formuliert, die für sämtliche Acker- und Dauergrünlandflächen gleichermaßen gelten. Die Veränderung des Bodenreliefs durch die Verfüllung von Senken und die Einebnung (**Nr. 1**) sind nicht zulässig, um eine kleinräumige Standortvielfalt auf allen Flächen zu erhalten, die u. a. zu einer höheren Pflanzenartenvielfalt führt. Insbesondere die Dauergrünlandflächen erlangen ihre teilweise hohe Wertigkeit durch die hohe Bodenfeuchte und die daran angepassten Pflanzengesellschaften. Es sind deshalb unter **Nr. 3 und 4** Regelungen getroffen, die Beeinträchtigungen durch Entwässerung verhindern sollen.

Unter **Nr. 6 und 7** sind bestimmte Nutzungsarten untersagt bzw. reglementiert, die den Schutzziele entgegenstehen bzw. den Schutzgebietscharakter negativ verändern würden.

Nr. 11 enthält weitergehende Regelungen speziell für das Extensivgrünland des Schutzgebietes von ca. knapp 14 ha. Es handelt sich überwiegend um in das Waldgebiet eingebettete Nass- oder Feuchtgrünländer, darunter auch um eine feuchte magere Flachlandmähwiese (GMF) von ca. 7.900 m². Die Regelungen unter **11 a - c** sollen sicherstellen, dass die überwiegend auch nach § 30 BNatSchG geschützten Grünlandflächen und die dortigen Pflanzengesellschaften nicht zerstört oder grundlegend verändert werden. Die Pflanzengesellschaften dieser Extensivgrünländer reagieren empfindlich auf Düngung und Kalkung in Form von Veränderung ihrer charakteristischen Artenzusammensetzung. Extensiv genutzte magere Flachlandmähwiesen oder Feucht- und Nassgrünländer, wie sie im Schutzgebiet kleinflächig verteilt vorkommen, sind in der heutigen intensiv genutzten Landschaft selten geworden und stellen einen Artenpool für Pflanzen- und Tierwelt dar. Die in Verbindung mit diesen Flächen vorhandene größere Insektenvielfalt bereichert auch das Nahrungsangebot für die charakteristischen Tierarten des Schutzgebietes. Ein Einsatz von Dünge-, Kalkungs- und Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen ist daher nur nach vorheriger schriftlicher Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.

5.2.3 Regelungen zur Durchführung der forstwirtschaftlichen Nutzung

Die **Forstwirtschaft** wird in **Absatz 4** geregelt. Bei den in den Karten zur Verordnung mit dem Hinweis auf § 5 Abs. 4 dargestellten Flächen handelt es sich um Waldflächen. Bezogen auf die Gesamtwaldfläche 1016 ha beläuft sich der Laubwaldanteil auf ca. 42%, der Nadelwaldanteil auf 58 %. Ca. 27 % der Waldflächen werden von FFH-Lebensraumtypen eingenommen. Bezogen auf die Gesamt-Laubwaldfläche (ca. 423 ha) sind es ca. 64 %.

Für alle Waldflächen ist die ordnungsgemäße Forstwirtschaft gemäß § 11 des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG), gemäß § 5 BNatSchG sowie unter aus dem Schutzzweck abgeleiteten Vorgaben freigestellt.

Die unter **Absatz 4** getroffenen Vorgaben entsprechen weitgehend dem Gemeinsamen Runderlass des MU und des ML vom 21.10.2015 zur „Unterschutzstellung von Natura 2000-Gebieten im Wald durch Naturschutzgebietsverordnung“ (im Folgenden Unterschutzstellungserlass). Die Maßgaben des Unterschutzstellungserlasses wurden nach den Parametern der Bewertungsmatrix zur Erfassung und Beurteilung der FFH-Lebensraumtypen gemäß Anhang I und der Fledermausarten des Anhangs II für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen und nach forstökonomischen Kriterien von Fachleuten betroffener Disziplinen entwickelt. Die Maßgaben dienen dazu, einen günstigen Erhaltungszustand von FFH-Lebensraumtypen und FFH-Arten beizubehalten oder zu erreichen. Die Regelungen gewährleisten in besonderem Maße den Erhalt der natürlichen Standortbedingungen sowie ein Mindestmaß an Alters- und Struktureichtum standortgerechter, naturnaher sowie artenreicher Waldbestände bei gleichzeitiger Möglichkeit, die Waldbestände weiterhin forstwirtschaftlich nutzen zu können. Ein Großteil der Regelungen folgt den heute ohnehin üblichen forstlichen Verfahrensweisen im Schutzgebiet.

Zudem entsprechen die Regelungen einer naturnahen, nachhaltigen Forstwirtschaft, wie sie die einschlägige Waldgesetzgebung und auch die Vorgaben der PEFC-Zertifizierung vorsehen.

Der als orientierungsgebende Leitlinie dienende Unterschutzstellungserlass wurde auf der kommunalen Ebene dahingehend überprüft, ob dessen Inhalte sinnvoll und geeignet sind, den geschuldeten, dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz genügenden Interessensausgleich zu gewährleisten. Der Verordnungsinhalt weicht daher in verschiedenen Punkten vom Unterschutzstellungserlass ab, die im Folgenden begründet werden. Soweit sie nicht vom Inhalt des Unterschutzstellungserlasses abweichen, erübrigt sich eine Begründung im Einzelnen.

Die Regelungen der Verordnung folgen zur besseren Nachvollziehbarkeit im Wesentlichen dem Aufbau des Unterschutzstellungserlasses.

Unter **Nr. 1** werden Regelungen gemäß Unterschutzstellungserlass gelistet, die für die Waldflächen des Schutzgebietes mit Waldlebensraumtypen gelten (ca. 273 ha, ca. 27 % der Gesamtwaldfläche), sowie auf Laub- und Nadelwaldflächen, die kein LRT sind, aber ebenfalls als Jagdgebiet sowie als Fortpflanzungs- und Ruhestätten der unter § 3 Abs. 3 Nr. 3 a und b genannten Fledermausarten dienen (ca. 249 ha, ca. 24,5 % der Gesamtwaldfläche). Die beregelten Nadelwaldflächen beschränken sich auf Kiefern- und Kiefernmischwälder (ca. 99 ha, ca. 10 % der Gesamtwaldfläche) wegen deren Funktion als Jagdgebiet sowie Fortpflanzungs- und Ruhestätte insbesondere der Bechsteinfledermaus. Die Regelungen unter **Nr. 1** betreffen ca. 521 ha (ca. 51,5% der Gesamtwaldfläche).

Die Regelungen unter Nr. 1 zielen darauf ab, einerseits den für die Fledermäuse wichtigen, in Relation zur Gesamtfläche des LSG aber kleinen Laubwaldanteil im LSG konstant zu halten oder zu erhöhen, andererseits mit den Kiefern- und Kiefernmischwäldern zusätzlich für die Bechsteinfledermaus vorhandene Lebensräume zu sichern und zu optimieren. Dieses schließt den forstwirtschaftlichen Umbau der Kiefern- und Kiefernmischwälder mit heimischen Arten oder die sukzessive natürliche Entwicklung in naturnahe Laubwaldgesellschaften nicht aus. Bei den Kiefern- und Kiefernmischwäldern ist bei der künstlichen Verjüngung ebenso wie bei den Wald-LRT auf die vorgeschriebenen Tot- und Habitatbaumanteile zu achten.

Die **Nrn. 1 b, e bis g und n bis q** entsprechen den Vorgaben des Unterschutzstellungserlasses.

Die Regelungen unter **Nr. 1 a, c und d, h bis m und r bis t** weichen von den Regelungen des Unterschutzstellungserlasses ab.

Nr. 1 a erlaubt abweichend vom Unterschutzstellungserlass aus forstwirtschaftlichen Praktikabilitätsabwägungen das Rücken in Altholzbeständen im Zeitraum vom 01.03. bis 31.08. nach Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde.

Abweichend vom Unterschutzstellungserlass ist nach **Nr. 1 c** die Weiternutzung vorhandener Feinerschließungslinien aus forstwirtschaftlichen Praktikabilitätsabwägungen zulässig, sofern ein Gassenabstand von 20 m nicht unterschritten wird.

Die Regelung unter **Nr. 1 d db** ermöglicht abweichend vom Unterschutzstellungserlass das Befahren außerhalb der Wege- und Feinerschließungslinien für die einzelstammweisen Holzentnahme zur Deckung des Eigenbedarfs in boden- und vegetationsschonender Weise bei zum schadlosen Befahren geeigneter Witterung ohne den Einsatz von Forstfahrzeugen wie z. B. Harvester oder Forwarder, weil es in schmal- oder kleinparzellierten Grundstücken der hergebrachten Nutzungsweise entspricht.

Nr. 1 d dc erlaubt das Befahren außerhalb der Wege und Feinerschließungslinien neben Maßnahmen zur Vorbereitung der Verjüngung auch zu anderen Zwecken, wobei dies unter dem Zustimmungsvorbehalt der zuständigen Naturschutzbehörde steht.

Nr. 1 h ermöglicht abweichend vom Unterschutzstellungserlass die flächige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in begründeten Ausnahmefällen nach Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde.

Die für die Wald-LRT nach Unterschutzstellungserlass vorgesehenen Regelungen sind unter den **Nrn. 1 i bis m** auch auf die Kiefern- und Kiefern-mischwälder ausgedehnt worden, weil diese, wie an anderer Stelle bereits ausführlicher dargestellt, insbesondere für die Bechsteinfledermaus, aber auch für andere waldbenutzende Fledermausarten, in derselben Weise wie die Laubwälder alle Lebensraumfunktionen übernehmen können.

Die Verpflichtung zur Bereitstellung von sechs Habitatbäumen im Bereich von Fortpflanzungs- und Ruhestätten wurde in vorliegender Schutzgebietsverordnung ebenfalls abweichend vom Unterschutzstellungserlass nach Flächen im Privateigentum/-besitz und nach Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand gesplittet. In Ansehung der Eigentümerbelange sowie zu deren Entlastung wurde die Anzahl der Habitatbäume auf Waldflächen mit Lebensraumtypen sowie mit Fortpflanzungs- und Ruhestätten im Eigentum oder Besitz der privaten Hand von sechs auf vier Habitatbäume abgesenkt (**Nr. 1 k**). Um die Qualität der Lebensräume in ihrer Gesamtheit für die Fledermäuse im Erhaltungszustand B zu erhalten, wird auf allen Waldflächen der öffentlichen Hand, zu denen auch die niedersächsischen Landesforsten gehören, die Anzahl von sechs auf elf erhöht (**Nr. 1 j**). Dieses Vorgehen gründet sich auf § 2 Abs. 4 BNatSchG, in dem geregelt wird, dass „bei der Bewirtschaftung von Grundflächen im Eigentum oder Besitz der öffentlichen Hand die Ziele des Naturschutzes in besonderer Weise berücksichtigt werden sollen“.

Damit wird für das Schutzgebiet gewährleistet, dass in der Bilanz die für den günstigen Erhaltungszustand vorzuhaltende Anzahl an Habitatbäumen erreicht wird. Diese privateigentümerfreundliche Möglichkeit ist für das vorliegende Schutzgebiet machbar, da ein entsprechend großer Anteil an Flächen der öffentlichen Hand vorhanden ist, die eine naturschutzfachliche Bedeutung besitzen. Insgesamt wird dieses Vorgehen den qualitativen Ansprüchen der Erhaltungsziele des Gebietes gerecht.

Damit ein Habitatbaumkonzept überhaupt wirksam werden kann, muss gewährleistet werden, dass die Bäume ungestört die Zerfallsphase erreichen können. Deshalb ist bei der Auswahl der Bäume besonders darauf zu achten, dass sie abseits der Wege und möglichst im Bestandsinneren ausgewählt werden, wo sie nicht der Verkehrssicherungspflicht unterliegen. Für den Fall, dass sich ausnahmsweise mögliche Verkehrssicherungsprobleme ergeben sollten, werden die **Nrn. 1 j und k** um einen Zusatz ergänzt, der eine Einkürzung oder Fällung eines Habitatbaumes ermöglicht. Eine Fällung ist nur nach Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde 14 Tage vor der Maßnahme zulässig. In einem derartigen Fall verbleibt der Baum als Totholz im Bestand und es ist unverzüglich ein neuer Habitatbaum auszuwählen und zu markieren. Das hierdurch entstehende Totholz wird nicht zur Erfüllung des verpflichtenden Anteils zum Belassen von Totholz gemäß **Nr. 1 m** (im EHZ „B“ 2 Stück liegendes oder stehendes Totholz je vollem Hektar) angerechnet, sondern verbleibt zusätzlich im Bestand. Der Einkürzung eines Habitatbaumes ist in jedem Fall Vorrang vor einer Fällung einzuräumen.

Im Bemühen um eine bessere Verständlichkeit wurde die im Unterschutzstellungserlass vorgegebene Regel unter **Nr. 1 l** entsprechend den Vorgaben des Leitfadens 2018 umformuliert. Inhaltlich wurde keine Änderung vorgenommen.

Abweichend vom Unterschutzstellungserlass wurde unter den **Nrn. 1 o und 1 p** zur Klarstellung der verpflichtende prozentuale Anteil der lebensraumtypischen Hauptbaumart hinzugefügt. Die **Nrn. 1 r und s** regeln für die Laubwälder, die nicht Lebensraumtyp sind (ca. 150 ha, ca. 15 % der Gesamtwaldfläche des LSG), dass keine Umwandlung in Nadelwald erfolgen darf und dass, in Anlehnung an die Vorgaben für die Buchenwald-LRT nach § 5 Abs. 4 Nr. 1 o, bei Verjüngung mit mindestens 90 % Laubbaumarten aufgeforstet werden muss. Es handelt sich um Wälder, wie z. B. Laubforste aus einheimischen Arten oder Pionierwälder. Hintergrund für die Regelung ist, dass die Flächen einen Beitrag dazu leisten müssen, mittel- bis langfristig für das Große Mausohr und die Bechsteinfledermaus das Angebot an Fortpflanzungs- und Ruhestätten und den Flächenanteil strukturell als Jagdgebiet geeigneter Bestände im Rahmen der Bewirtschaftungszyklen zu erhöhen oder zumindest konstant zu halten.

Nr. **1 t** stellt für Kiefern- und Kiefernmischwälder (ca. 99 ha, ca. 10 % der Gesamtfläche des LSG) sicher, dass nach Ernte oder Umbau wieder Wälder entstehen, die die Lebensraumfunktionen für Fledermäuse und speziell für die Bechsteinfledermaus und die Großen Mausohren erfüllen. Beim Umbau dieser Bestände, in denen bereits jetzt schon vielerorts im Schutzgebiet die Entwicklung zu Buchen-Eichenwald angezeigt ist, kann neben gebietsheimischen Laubbäumen weiterhin die Kiefer eingebracht werden.

Unter **Nr. 2** stehen die Regelungen, die auf allen Waldflächen des Schutzgebietes gelten. Sie entsprechen inhaltlich dem Unterschutzstellungserlass.

Die **Nrn. 2 a und 2 f** kommen der Aufrechterhaltung der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft zu Gute.

Der Unterschutzstellungserlass regelt größtenteils die forstliche Bewirtschaftung auf Waldflächen mit signifikanten (wertbestimmenden) Lebensraumtypen. Aufgrund der Verzahnung von Lebensraumtypen und Nicht-Lebensraumtypen im Schutzgebiet ist eine Aufteilung nicht praktikierbar. Um Beeinträchtigungen auszuschließen, müssen die Regelungen des Unterschutzstellungserlasses zur Unterhaltung, Instandsetzung sowie zu Neu- und Ausbau von Waldwegen für das gesamte Schutzgebiet gelten (**Nr. 2 c bis e**).

Als Hinweis zur Freistellung der schutzgebietsverträglichen Wegeunterhaltung ist zu beachten, dass es unzulässig ist, überschüssiges Material im Waldsaum abzulagern. Entgegen der heute oft üblichen Praxis muss überschüssiges Material abtransportiert werden, wenn aufgrund seiner Menge oder der Ausprägung des Umfeldes (z.B. durch Abschwemmung in Bachläufe, Zerstörung der lebensraumtypische Krautschicht durch Standortveränderungen) eine Beeinträchtigung des Schutzzweckes nicht ausgeschlossen werden kann.

Nr. 2 g weist zur Klarstellung ausdrücklich auf die artenschutzrechtlichen Regelungen hin, die ungeachtet der Ausweisung von Habitatbäumen und der Sicherung von Tot- und Altholz übergeordnet gelten. Danach müssen z. B. vorhandene Höhlen- und Horstbäume als potentielle Brut- und Quartierbäume für Vögel, Fledermäuse oder auch andere besonders geschützte Tierarten, auch in Nadelforsten, konsequent stehen gelassen werden. Gleiches gilt auch für das Vorkommen anderer erkennbarer Fortpflanzungs-, Aufzucht- und Ruhestätten, z. B. in abgespaltenen oder morschen Rinden sowie in Astgabeln.

Nr. 3 enthält die sinngemäße Übernahme des Inhaltes des Unterschutzstellungserlasses.

Abweichend vom Unterschutzstellungserlass wird unter **Nr. 4** die Möglichkeit geboten, die im Unterschutzstellungserlass vorgegebene grundsätzliche Eigentümerbindung mit vorheriger Zustimmung aufzuheben. Diese Möglichkeit bezieht sich auf die laut Unterschutzstellungserlass eigentümergebundenen Regelungen zur Belassung oder Entwicklung der Altholzanteile, zur Belassung der Habitatbäume und der Habitatbaumanwarter (Absatz 4 **Nr. 1 i bis l**). Hierdurch soll im Schutzgebiet die Möglichkeit eröffnet werden, gegebenenfalls, wenn sich Ei-

gentümer finden und die zur Verfügung stehenden Flächen entsprechende Qualitäten aufweisen, die Auflagen in ausgewählten Flächen („Altholzinseln“) aggregieren zu können. Bedingung für die Regelung ist eine rechtlich bindende Vereinbarung zwischen dem Eigentümer der Fläche und einer dritten Person, die sich zur Übernahme der Einhaltung der Auflagen mit allen Konsequenzen gemäß der Schutzgebietsverordnung verpflichtet. Grundsätzliche Voraussetzung für ein derartiges Vorhaben ist die konzeptionelle Überprüfung der zur Verfügung stehenden Flächen in Bezug zum Erhaltungszustand der Waldlebensraumtypen unter der Vorgabe, dass keine Beeinträchtigungen des LSG oder seiner für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck dieser Verordnung maßgeblichen Bestandteile entstehen. Bei größeren Waldgebieten, wie es sich im Schutzgebiet präsentiert, ist daher die Konzentration auf einen oder nur wenige Bereiche nicht möglich. Zudem muss auf eine wirksame Vernetzung der „Altholzinseln“ durch weitere Strukturen wie Altholz, Habitatbäume, Totholz als Trittsteine im Bestand geachtet werden.

Bei der Auswahl von Altholzinseln sind in der Fachliteratur die Qualitätsstandards sehr hoch angesetzt. Für die Ausweisung solcher Inseln sollten nach BÜTLER & LACHAT (2009) bevorzugt Bestände ausgewählt werden, die schon eine längere Zeit (15 bis 30 Jahre) nicht mehr bewirtschaftet wurden und ein Mindestalter von 120 Jahren aufweisen. Weiterhin sollten die Flächen schon vor dem Ausweisen eine hohe Dichte an Totholz beinhalten.

Altholzinseln müssen mit Korridoren aus Habitatbäumen und Totholzbereichen verbunden werden. Als Richtwert für die Korridore werden in der Literatur 5 bis 10 Habitatbäume pro Hektar genannt (KÖHLER 2015).

5.2.4 Regelungen zur Gewässerunterhaltung

Absatz 5 regelt die Gewässerunterhaltung. Die ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung der Gewässer des Schutzgebietes (Gewässer II. und überwiegend III. Ordnung) ist nach den Grundsätzen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) und des BNatSchG freigestellt. Die Arbeitshilfe zur Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange bei Maßnahmen der Gewässerunterhaltung in Niedersachsen ist in ihrer jeweils aktuellen Fassung bei den vorgesehenen Unterhaltungsmaßnahmen anzuwenden.

5.2.5 Regelungen zur Ausübung der Jagd

Absatz 6 regelt die Ausübung der Jagd im Schutzgebiet. Die ordnungsgemäße Jagd umfasst nach dem Wortlaut des Niedersächsischen Jagdgesetzes das Recht zum Aufsuchen, Nachstellen, Erlegen und Aneignen von Wild sowie den Jagdschutz und ist unter Berücksichtigung des Schutzzwecks gemäß der §§ 2 und 3 der Schutzgebietsverordnung und daraus begründeten Vorgaben freigestellt.

Da der Charakter des Schutzgebietes so wenig wie möglich überprägt werden soll und der Schutzzweck nicht beeinträchtigt werden darf, muss zur Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben zwischen den Lebensraumtypen und gesetzlich geschützten Biotopen einerseits und den übrigen Waldflächen andererseits differenziert werden. Das hat zur Folge, dass die Regelungen in den Lebensraumtypen und den gesetzlich geschützten Biotopen gegenüber den übrigen Flächen des LSG verschärft sind und insofern bestimmte nach dem Jagdgesetz vorgesehene Rechte mit Auflagen, Anzeigepflichten oder Zustimmungsvorbehalten versehen werden. Die nachfolgend dargestellten Regelungsinhalte sind Ergebnis aus der Verpflichtung

zur Sicherung der schutzzweckbezogenen Belange und der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer effizienten Jagd zur Regulierung des Wildbestandes im Schutzgebiet. Der dadurch erreichte verminderte Wildverbiss dient gleichzeitig auch dem Fortbestand der Waldlebensraumtypen durch Begünstigung einer natürlichen Verjüngung.

Die meisten Regelungen beziehen sich auf die Neuanlage jagdlicher Einrichtungen (**Nrn. 1, 2 und 5**). Bestehende Anlagen genießen Bestandsschutz. Die Anzeigepflichten und Zustimmungsvorbehalte in den Regelungen unter den **Nrn. 1, 2, 4, 5, 7 und 8** kommen insgesamt dem Schutz der Lebensraumtypen und der nach § 30 BNatschG gesetzlich geschützten Biotope zugute und ermöglichen im Vorfeld des Vorhabens, die Sensibilität des Standortes und den Zeitpunkt der vorgesehenen Maßnahmen unter schutzzweckfachlichen Aspekten zu prüfen.

Zu den Regelungen, bei denen es nur um Neuanlagen geht, gehört u. a. die Neuanlage von Wildäsungsflächen, welche auf allen Flächen mit Lebensraumtypen (s. Kapitel 3.1) unter Zustimmungsvorbehalt der Naturschutzbehörde (**Nr. 1**) stehen. Naturschutzfachlich muss bei der Auswahl geplanter Äsungsflächen die Sensibilität des jeweiligen Standortes geprüft werden, um die Schäden in diesen Bereichen durch Zerstörung der oberen Bodenschichten, z. B. bei Anlage eines Wildackers, sowie der lebensraumtypischen Waldbodenflora zu verhindern. Es ist auf diesen Flächen nicht auszuschließen, dass es zu einem erhöhten Nährstoffeintrag kommt und auch die Flächen in ihrem direkten Umfeld mit betroffen sind. Im Bereich von gesetzlich geschützten Biotopen (**Nr. 1 Satz 2**) ist eine Neuanlage untersagt, da diese auch hier zur Beeinträchtigung bzw. zur Zerstörung der naturnahen Biotope führen würde.

Die Neuanlage jagdlicher Einrichtungen, wie von mit dem Boden fest verbundenen Hochsitzen, kann je nach Standortauswahl Beeinträchtigungen sensibler Biotopstrukturen in gesetzlich geschützten Biotopen und in Lebensraumtypen durch Bodenverwundungen infolge Transport, Auf- und Freistellen sowie des Landschaftsbildes hervorrufen. Die schriftliche Anzeige (**Nr. 2**) dient dazu, auf den Zeitpunkt der Maßnahme und die Standortwahl zum Schutz der Lebensraumtypen und der gesetzlich geschützten Biotope Einfluss nehmen zu können. Das Vorhaben kann zugelassen werden, wenn der Zeitpunkt des Aufbaus von der Witterung her passt, z. B. bei durchgefrorenem Boden, und der Standort die Schutzgüter nicht gefährdet. Zum Erhalt des Waldbildes sind die zur dauerhaften, langfristigen Nutzung etablierten Hochsitze im Verbund mit vorhandenen etwa gleichhohen Gehölzen zu errichten.

Die Vorgabe (**Nr. 3**) gilt auch für die nicht mit dem Boden fest verbundenen Ansitzeinrichtungen (mobile Hochsitze), die im Vergleich zu den fest mit dem Boden verbundenen Hochsitzen den größeren Anteil im Schutzgebiet einnehmen. Die mobilen Ansitzeinrichtungen sind im gesamten Schutzgebiet außerhalb der Lebensraumtypen und gesetzlich geschützten Biotope zulässig. Sollte eine Aufstellung innerhalb der Lebensraumtypen des Schutzgebietes, der gesetzlich geschützten Biotopen oder eines gelassenen Steinbruches geplant sein, bedarf es aus denselben Gründen wie bei **Nr. 2** einer schriftlichen Anzeige. In dem Zeitfenster vom 15.07. bis 28./29.02. des Folgejahres ist das Aufstellen von mobilen Hochsitzen unter Berücksichtigung von Boden und Vegetation jedoch ohne Vorgaben hinsichtlich der Standorte zulässig und dient den Drück- und Bewegungsjagden, der Vorbeugung bei erhöhtem Wildwechsel oder von Wildschäden. Diese Regelung ermöglicht ein flexibles und spontanes Anpassen der Standorte der Hochsitze an das territoriale Verhalten der Wildtiere und soll insbesondere einem mitunter sprunghaften Zuwachs der Wildschweinpopulation entgegenwirken. Eine Einschränkung der Hochsitzstandorte wäre von daher kontraproduktiv. Das gewählte Zeitfenster ist weitgehend an die Bejagungszeit für Wildschweine (16.06. – 31.01) angepasst. Es berücksichtigt durch die Verschiebung um einen Monat jedoch auch die im §

33 Abs. 1 Nr. 1 b) NWaldLG allgemeine Brut-, Setz- und Aufzuchtzeit vom 1. April bis zum 15. Juli eines jeden Jahres.

Um das Schutzgebiet in seinem bisherigen Charakter zu erhalten, erfolgt eine Neuanlage von Jagdhütten (**Nr. 5**) nur nach Zustimmung der Naturschutzbehörde, um auf den Ort (Standortsensibilität) und die Optik (Landschaftsbild) Einfluss nehmen zu können.

Die Fallenjagd wird von der Jägerschaft als adäquates Mittel zur Bekämpfung von waldcharakteristischen Prädatoren (Baummarder, Dachs, Fuchs usw.) im Waldökosystem angesehen. Insbesondere stehen auch die Jagd auf Neozooen bzw. invasive Arten (Waschbär und Marderhund) und ihr Fang mit Fallen zukünftig im Fokus der Jägerschaft. Die Verbote unter den **Nrn. 6 und 7** sollen dem Schutz eines Teiles der laut Jagdgesetz nicht jagdbaren, jedoch charakteristischen Tierarten des LSG dienen. Die Regelung unter **Nr. 6** soll gewährleisten, dass zur Fallenjagd im Schutzgebiet nur Lebendfallen, z. B. Betonrohrfallen, eingesetzt werden und nur unter der Voraussetzung, dass im Inneren der Falle keine Verletzungsgefahr für gefangenes Wild besteht und die Fallen täglich bzw. bei elektronischem Signal unverzüglich kontrolliert und geleert werden. Die Regelung soll verhindern, dass unbeabsichtigt gefangene, für den Schutzzweck relevante Tiere unter Stress geraten und Schaden nehmen. Im LSG wäre dies insbesondere die Wildkatze. Gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 9 Bundesjagdgesetz ist es verboten, Fanggeräte, die nicht unverseht fangen oder nicht sofort töten, zu verwenden. Das Verbot quälerischer Fanggeräte erstreckt sich auf alle Geräte, die tierquälerisch wirken, weil sie entweder nicht unverseht fangen oder nicht sofort töten. Dieses ist dem Tierschutzgedanken geschuldet.

Die unter **Nr. 7** geregelte Anzeigepflicht ermöglicht den Einsatz von schweren Lebendfallen des unter Nr. 6 vorgesehenen Fallentyps in den Lebensraumtypen des Schutzgebietes und den gesetzlich geschützten Biotopen, sofern der Schutzzweck dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Beurteilung unterliegt den gleichen Kriterien (Standort- und Biotopsensibilität, Zeitpunkt der Ausführung) wie oben. Bei der Standortwahl muss in jedem Fall eine befahrbare Zuwegung vorhanden sein. Zum einen, um Schäden im Bestand durch Befahren und beim Aufstellen der schweren Lebendfallen und bei der Kontrolle zu vermeiden, zum anderen, weil eine Zuwegung die Voraussetzung für eine unverzügliche Kontrolle darstellt. Auf die Anzeigepflicht kann verzichtet werden, wenn ein einvernehmlich abgestimmtes Fallenmanagement zwischen dem Jagdausübungsberechtigten und dem Landkreis Osnabrück vorliegt.

Nr. 8 ermöglicht darüber hinaus Ausnahmen von obigen Regelungen, soweit diese nicht dem Schutzzweck entgegenstehen.

5.2.6 Verwaltungsrechtliche Regelungsinhalte zum Thema Freistellungen

Der **Absatz 7** und der **Absatz 8** dienen der Klarstellung, wie die Naturschutzbehörde mit angezeigten Maßnahmen und Maßnahmen mit Zustimmungsvorbehalt umgeht. Einer Zustimmung oder schriftlichen Anzeige folgende Verwaltungsakte generieren keine Gebühren.

Der **Absatz 9** dient ebenfalls der Klarstellung. Diese Verordnung führt nicht dazu, dass anderweitige naturschutzgesetzliche Vorschriften keine Geltung haben.

In **Absatz 10** wird geregelt, dass behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte von dieser Verordnung unberührt bleiben, sofern sie denen entgegenstehen.

5.3 §§ 8 und 9 Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

Die in § 8 und § 9 von der Naturschutzbehörde angeordneten oder angekündigten, naturschutzfachlich begründeten Maßnahmen sind im LSG zu dulden, sofern hierdurch die Nutzung des Grundstücks nicht unzumutbar beeinträchtigt wird.

Im Schutzgebiet werden, soweit dies für den Schutzzweck erforderlich ist, Untersuchungen, Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen durchgeführt (§ 8 Absatz 1). Grundsätzlich soll insbesondere durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Schutz- und Erhaltungsziele gemäß § 3 sowie insbesondere die Lebensraumtypen des Schutzgebietes in einem günstigen Erhaltungszustand erhalten bleiben bzw. wieder in diesen Zustand zurückversetzt werden. Soweit erforderlich können diese Maßnahmen in einem Fachplan unter Beteiligung der Grundeigentümer oder Nutzungsberechtigten dargelegt werden.

6 Literaturverzeichnis

BUNDESLÄNDER BRANDENBURG, HESSEN, MECKLENBURG-VORPOMMERN UND THÜRINGEN (2009): Anmeldung „Alte Buchenwälder Deutschlands“ als Erweiterung des Weltnaturerbes Buchenurwälder der Karpaten („Primeval Beech Forests of the Carpathians“ ID-Nr. 1133). Nominierungsdossier für die UNESCO zur Eintragung in die Welterbeliste. Nationale Naturlandschaften.

BÜTLER, R. & T. LACHAT (2009): Wälder ohne Bewirtschaftung: eine Chance für die saproxyliche Biodiversität. - Schweiz. Forstwesen 160: 324-333.

DENSE & LORENZ (2007): Telemetrische Untersuchungen an Mausohren (*Myotis myotis*) der als FFH-Gebiet vorgeschlagenen Wochenstubenkolonien in den Kirchen Belm und Engter (LK Osnabrück) zur Ermittlung von Nahrungshabitaten. – Unveröffentl. Gutachten im Auftrag des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie.

DENSE & LORENZ (2018, Ergänzung 2019): Kartierung strukturell als Jagdgebiet für Große Mausohren geeigneter Waldflächen in den FFH-Gebieten Nr. 446 „Mausohr-Lebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ und Nr. 448 „Mausohr-Jagdgebiet Belm“. – Unveröffentl. Gutachten im Auftrag des Landkreises Osnabrück.

DENSE & LORENZ (2006): UVS zum Neubau der A33 von A33/B51 (OU Belm) bis A1 (nördl. Osnabrück). Fachbeitrag Fledermäuse. – Gutachten im Auftrag von Kortemeier + Brokmann GmbH, Herford.

DENSE & LORENZ (2013): Untersuchungen an Bechsteinfledermäusen im FFH-Gebiet 446 „Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“. – Unveröffentl. Gutachten im Auftrag des NLWKN.

DEUTSCHER FORSTWIRTSCHAFTSRAT (DFWR) (Hrsg.) (2009): Broschüre „Buchenwälder; vielfältig-einmalig-nachhaltig“.

KOHLER, B. (2015): Naturschutz: Anforderungen an die Waldbewirtschaftung hinsichtlich Biodiversität im Wald. - BFW-Praxisinformationen 37: 31-32.

MESCHEDE, A. & K.-G. HELLER (2000): Ökologie und Schutz von Fledermäusen in Wäldern. - Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 66: 374 S.

NLWKN (Hrsg.) (2010, Entwurf): Vollzugshinweise zum Schutz von Säugetierarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie... -Wildkatze (*Felis sylvestris*) (verkürzter Titel), Nds. Strategie zum Arten- und Biotopschutz, unveröff.

SIMON & WIDDIG (2016): Neubau der A 33 von der A 1 (nördlich Osnabrück) bis zur A 33/B 51n (OU Belm). Faunistische Untersuchungen 2010-2014. – Gutachten im Auftrag der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück.

SSYMAN, A., U. HAUKE, C. RÜCKRIEM & E. SCHRÖDER (1998): Das europäische Schutzgebietssystem NATURA 2000. BfN-Handbuch zur Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (92/43/EWG) und der Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG). - Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 53, Bonn-Bad Godesberg.

7 Gesetze und Rechtsvorschriften

Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17.03.1989 (BGBl. I S. 502), zuletzt verändert durch Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474)

Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel Art. 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

Jagdrecht in Niedersachsen – Pardey / Hons / Brandt; Loseblatt-Kommentar Niedersächsisches

Fischereigesetz (Nds. FischG) vom 01. Februar 1978 (Nds. GVBl. 1978, S. 81, 375), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 11 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88)

Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Art. 3 § 21 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88)

Niedersächsisches Jagdgesetz (NJagdG) vom 16. März 2001 (Nds. GVBl. 2001, S. 100), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.10.2018 (Nds. GVBl. S. 220; 2019 S. 26)

Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) vom 21. März 2002 (Nds. GVBl. 2002, S. 112), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 14 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88)

Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 19 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88)

Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7)

Verordnung über die Unterhaltung und Schau der Gewässer zweiter und dritter Ordnung im Landkreis Osnabrück (ABl. Reg.-Bez. Weser-Ems Nr. 2 v. 14.1.2000)

Verordnung über die Fischerei in Binnengewässern (Binnenfischereiordnung) vom 6. Juli 1989 (Nds. GVBl. 1989, S. 289) zuletzt geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 22. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 475).

ANHANG